

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Cste, Verleger: A. Bringmann,  
beide in Hamburg.  
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Fehlfeldstr. 28, I.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Zeitzeile oder deren Raum 30 A,  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Kohlebewegung.

ausgesperrt sind die Zimmerer in Rostock.  
Gesperrt sind in Alten-Essen das Geschäft von Schmeltz & Diepenbrock, in Düsseldorf die Arbeiten der Firma Blasberg & Co., in Lübeck die Bahnhofsbauten der Firma Helfmann, in Münster in Westf. Firma Bullermann, in Schwelm in Westf. das Geschäft von Sommer, in Stargard i. Pommern das Geschäft von George und in Wilhelmshaven die Arbeiten der Firma Holzmann.

## Kapital und Arbeit.

Th. Berlin, 22. Januar 1905.

Mag der Niesenkampf im Ruhrgebiet so oder so zu Ende gehen, mögen die zur Verzweiflung getriebenen Bergleute etwas mehr oder etwas weniger erringen, nach drei Richtungen hin hat der Streik für immer Klarheit gebracht und unvergängliche Frucht gezeitigt.

Das erste Ergebnis ist, daß alle die Sonder- und Gegnerorganisationen der Arbeiter, die von ihren Feinden gegründet worden sind, um den Arbeiter durch den Streik zu bekämpfen, im Augenblick der Not doch zusammengeschweift werden können durch das gemeinsame Interesse der Arbeit gegenüber dem Kapital. Das zweite Ergebnis ist nicht neu, aber in so klassischer Radikalität noch selten bemerkbar gewesen, nämlich die volle Ohnmacht der Regierung, wenn sie den Barbaren, Gaunereien und Gesehwidrigkeiten des Kapitals entgegenzutreten soll. Auch das dritte Ergebnis ist eine alte Kamelle, aber gleichfalls noch nicht oft in so scharfen Umrissen zu Tage getreten, nämlich der unerbittliche Haß des gesamten Bürgertums, sei es konservativ, liberal, katholisch oder indifferent, gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats.

Das Zusammengehen sämtlicher vier Organisationen der Bergarbeiter war die unerläßliche Voraussetzung des Niesenkampfes. Es kam dem Kapital und der bürgerlichen Presse gänzlich unerwartet und machte in ihre Rechnung ein tiefes Loch. Es wird sich erst noch zeigen müssen, ob die Bundesbrüderschaft bis zuletzt anhält, wenn der Streik lange dauern müßte. Doch was schon im vorigen Artikel gesagt wurde, kann heute wiederholt werden: Welche Organisation vorzeitig von den gemeinsamen Beschlüssen abspringen würde, versetzt sich damit den Todesstoß, ohne daß sie dem Kapital entscheidende Hilfe zu bringen vermöchte. Sie hatten es so fein eingefädelt, die Herren vom Zentrum, als sie den „christlichen“ Gewerbeverein aufspalteten und seine Mitglieder mit Feindschaft gegen den Bergarbeiterverband zu erfüllen suchten. Lange Jahre hindurch haben auch die Leiter der Christlichen ihre ganze Kraft verspritzt, um dem Verbanne zu schaden. Schließlich behielt aber doch bei der großen Mehrzahl der „christlichen“ Bergleute der proletarische Instinkt die Oberhand; sie rissen ihre Führer mit fort und wären ihnen weggelaufen, wenn die Leiter nicht aus eigenem Antriebe gemeinsame Sache mit dem Verbanne gemacht hätten.

Die Hirsch-Dunderschen sind an Zahl weniger bedeutend. Auch zwischen ihnen und dem Verbanne haben häufig scharfe Gesedite stattgefunden. Als aber aus der Tiefe der Masse heraus die Entrüstung und Verzweiflung sich Bahn brach, da durften auch sie nicht zurückstehen; auch in dieser Organisation wären die Führer weggesegt worden, hätten sie der Strömung nicht gerecht werden wollen. — Schließlich hat auch die polnische Organisation sich beteiligt. In den Polen hat die jahrhundertlange Unterdrückung dafür gesorgt, daß ein Fünkchen revolutionären Feuers erhalten geblieben ist. Es braucht nur angefaßt zu werden. Ob freilich die zähe Ausdauer bei ihnen noch vorhanden ist, wird von manchem Kennern bezweifelt. Borerst stehen sie Mann für Mann treu zu ihren Kameraden.

Nur eine „Organisation“ ist seitab stehen geblieben; sie erblickt ihre Aufgabe darin, den kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Das ist der evangelische Arbeiterverein, der die Streikbrecher stellt. Er fällt zum Glück weder nach Zahl noch an Bedeutung ins Gewicht. Aber man sieht doch die Liebe. Doch selbst in den Reihen dieser auf Gottesfurcht und Kapitalprofit wohlbreffierten Herde gibt es viele,

deren Herz auf Seite der Streikenden steht; nur weil die Dressur ihnen den proletarischen Trost genommen hat, finden sie nicht den Weg zu ihren Kameraden und lassen sich lieber täglich unter Eskorte von Gendarmen und Polizisten wie eine Schar Zuchthäusler nach und von der Grube transportieren, als daß sie den Kampf mit aufnehmen. Abgesehen von dieser kleinen Schar haben die gesamten Organisationen sich zu Schutz und Trutz vereinigt, und das ist erfreulich.

Das zweite ist die jämmerliche Ohnmacht der Staatsgewalt gegenüber dem Kapital. Man muß mit eigenen Ohren die Reden der Bülow und Müller im Reichstage gehört haben, um die klägliche Hilflosigkeit in ihrer ganzen Tiefe zu erkennen. Ist es dem Reichskanzler Graf Bülow auch nie gegeben gewesen, den Eindruck selbstbewußter Kraft zu hinterlassen, brachten auch alle seine früheren Reden die Meinung hervor, er verstehe sich nur auf Seiltänzen, sei ein zungenfertiger Diplomat und werde niemals zur kräftigen Tat für die Rechte des Volks sich ermannen können, so verstand er bisher doch, einen gewissen Schein der Neutralität zu wahren. Diesmal verzichtete er sogar auf diese kümmerliche Maskierung. Er würde es „mißbilligen“, wenn die Grubenbarone alle Verhandlungen ablehnten, sagte er. Und er sagte das, als ihm bereits bekannt war, daß die beiden Kommissare der Regierung den Rückweg nach Berlin angetreten hatten, weil die Grubenmillionäre ihnen hohnvoll die Tür gewiesen hatten. Dagegen fand der Kanzler ernste Worte gegen die Streikenden, die er mit allen Machtmitteln des Staates zu Paaren treiben will, wenn sie die „Ordnung“ — der Teufel hole eine Ordnung, wie sie von den Zeichenbaronen gehandhabt wird — stört. Die Unternehmer haben frech den Kontrakt, d. h. die Arbeitsbedingungen, gebrochen; doch nicht diese Kontraktbruch tabelle Bülow, sondern den der Arbeiter, die gar keinen begangen hatten. Wie leicht hätte es Graf Bülow gehabt, sich die Zustimmung der Arbeiter zu erwerben. Er brauchte nur zu sagen: Von den Forderungen der Arbeiter halte ich für berechtigt das Verbot des Wagemüllens, die Anstellung von Grubenkontrolleuren die strenge Einhaltung der Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und die genaueste Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften, die zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassen worden sind. Nur diese paar armseligen Worte hätte der Kanzler zu sagen brauchen, und die Arbeiter wären zufrieden gewesen. Wir sind ja so bescheiden, so unglaublich bescheiden geworden! Aber nicht einmal zu diesen kümmerlichen Zugeständnissen schwang sich der erste Beamte desjenigen Reiches auf, das auf seine Arbeiterfürsorge sich härenmäßig dick tut und das in der Welt voraus sein will.

Und warum sagte Bülow das nicht? Erkennt er etwa die Forderungen nicht für berechtigt an? Doch, doch! Aber er darf es nicht sagen; das „Staatswohl“ ist an den kalten Egoismus des Kapitals gekettet. Dem Staate geht es nach dem Programm unserer Minister wohl, wenn nur 5000 Millionen zufrieden sind. Daß 50 Millionen dabei hungern müssen, ist dieser Sorte von Staatsweisheit nebensächlich. Die Kirdorff, Stinnes und Thyssen sind es, die dem Reichskanzler die Worte diktieren. Gué schloß seine Rede am Freitag im Reichstage mit dem Hinweis, wolle die Regierung nicht eingreifen, dann sei es schon besser, Kirdorff werde Kanzler und Stinnes Handelsminister. Das ist nicht erst nötig, denn Kirdorff ist Kanzler und Stinnes ist Handelsminister.

Nach Bülow Müller: Auch er „bedauerte“ die Halsstarrigkeit des Unternehmertums; auch er fand nicht den Mut, rundheraus zu erklären, er habe als Minister die endlosen Schwelgereien, die sich das Grubenkapital herausnehme, gründlich satt; er werde gegen die Burschen, die sich herausnehmen, durch ihren verbrecherischen Eigennuß hunderttausende braver Arbeiter in den Streik zu hegen und das ganze wirtschaftliche Getriebe des Reichs aufs schwerste zu schädigen, alle nur möglichen Mittel anwenden, um ihnen zu zeigen, daß es in Deutschland noch andere Interessen zu wahren gibt, als die einer Handvoll Grubenmillionäre.

Es ist nichts Unbilliges, wenn von den leitenden Staatsmännern eine solche Sprache gefordert wird. Als im vorigen Jahrzehnt in Oesterreich der große Bergarbeiterstreik aus ähnlichen Ursachen ausgebrochen war, da haben die öster-

reichischen Staatsleiter ungefähr so gesprochen und so gehandelt. In Preußen-Deutschland ist das unmöglich. Dafür sind wir eben in der Bauchrutscherei vor dem Kapital in der Welt voran. Sei es drum! Der Arbeiter weiß, woran er mit seiner „starken“ Regierung ist, die nur dem Schwachen gegenüber die Courage des Dreinhauens hat.

Und wie die Regierung, so das Bürgertum! Die wenigen Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Art läßt nicht von Art. Von der „Köln. Ztg.“ bis zu den feindlichen Brüdern Scherl und Wlosse, von der „Germania“ bis zur „Frankf. Ztg.“ steht das Herz des Bürgertums auf seiten des Grubenkapitals. Wenn die Blätter diesen und jenen Uebelstand rügen, so tun sie es, weil sie wissen, daß aus den Mißständen die Sozialdemokratie neue werdende Kraft zieht, und das möchten sie gern vermieden sehen.

Kapital und Arbeit! Die Saat, die jetzt im Ruhrgebiet aufgeht, ist der Anfang. Wie sich dort die Masse nicht mehr halten ließ, als das Maß der Verzweiflung voll war, so wird es auch im großen gehen. Mag das Kapital, mag ihr Kommiss, die Regierung, nur so fort arbeiten, die Ernte wird nicht ausbleiben. Die Geschichte bleibt nichts schuldig; sie begleicht ihr Konto auf Heller und Pfennig. Und es ist eine unermessliche Schuld, die das Kapital der Arbeit zu begleichen hat. Ob ihnen nicht bange wird vor der Stunde der Abrechnung?



## Verbandsnachrichten.

### Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

#### Arbeitslosigkeit und Hilfsaktion in München.

In München herrscht seit Monaten zunehmende Arbeitslosigkeit, wovon auch die Arbeitszählungen unserer Verbandszahlstelle beredtes Zeugnis ablegen. Ein besonders ungünstiges Resultat hat die Zählung am 12. Januar ergeben. Darüber wird uns berichtet: „Es wurden 739 Mitglieder befragt. Von diesen waren in Arbeit 302, krank waren 50 Mitglieder, arbeitslos wegen Witterungsverhältnisse waren 4 und wegen Arbeitsmangels 323. Im ganzen waren also 377 Erwerbslose zu verzeichnen, oder 51 pZt. gegen 29 pZt. im Dezember 1904. Im Januar 1904 waren es ebenfalls 29 pZt. Die Höhe von 50 pZt. Erwerbsloser, wie in diesem Jahre, wurde in München, seitdem die Organisation die allmonatliche Zählung vornimmt (seit 1899), noch nie erreicht.“

Ähnlich so wird es in vielen Gewerben aussehen, so daß die Notlage der Münchener Arbeiter eine sehr große sein dürfte. Infolgedessen machten sich StraßenDemonstrationen bemerkbar, die indessen nur zum Anlaß dienten, daß die Staatsgewalt die hungrigen Demonstranten auseinanderstrengen, von der Straße vertreiben und die Notlage der Arbeiter ungelesen machen konnte. Nun legten sich die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften ins Mittel. Am Dienstag, den 17. Januar, fand Nachmittags eine von etwa 4000 Arbeitslosen besuchte Versammlung statt, die einen imposanten Verlauf nahm. Sie stellte durch Annahme einer Resolution „an die Gemeindeverwaltung und an die Staatsregierung das dringende Ersuchen, sofort für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, um die Zahl der Arbeitslosen nach Möglichkeit zu mindern und die vorhandene Not zu lindern“. Die Versammlung forderte weiter, „daß die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung möglichst bald geschaffen werde“. Schließlich erklärte die Versammlung, „daß bei ablehnendem Verhalten der angeordneten Organe die Organisationen sich außer stande fühlen, die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen.“ Ein entsprechender Antrag wurde am nächsten Tage von dem sozialdemokratischen Mitgliede Schmidt im Magistrat gestellt, und dieser beschloß:

1. Das Bauamt soll beauftragt werden, alle Arbeiten, deren Ausführung in Aussicht genommen und jetzt auch möglich ist, sofort zur Ausführung zu bringen. Dann sollen alle für städtische Gebäude im Etat vorgesehenen außerordentlichen Baufälle sofort vergeben werden.

2. In die Staatsbehörden soll die Bitte gestellt werden, alle jetzt ausführbaren Arbeiten gleichfalls umgehend in Angriff nehmen zu lassen.

3. Zur sofortigen Unterstützung der Arbeitslosen soll ein Komitee gebildet werden, das mit der Befugnis der Vertärkung die Aufgabe hat, sich durch einen Aufruf an die leistungsfähigen Bürgerkreise um Beihilfe zu wenden.

4. Aus Gemeindegeldern sollen dem Komitee sofort M. 20 000 aus dem Reservefonds 1905, vorbehaltlich Zustimmung der Herren Gemeindebevollmächtigten, bewilligt.

5. Außerdem soll die Verwaltung des Münchener Hilfsfonds um einen entsprechenden Zuschuß ersucht werden, und zwar aus dem Ertragnis des Oktoberfestglückshafens pro 1904.

6. Dem Komitee wird die Aufgabe gestellt, auch die Verteilung der Mittel in die Wege zu leiten und zu diesem Behufe aus den beteiligten Kreisen Vertreter beizuziehen.

Das Komitee soll sich auch an die kgl. Staatsregierung wenden mit der Bitte um Bewilligung eines Zuschusses aus Staatsfonds.

7. Die prinzipielle Lösung der Arbeitslosenversicherung soll mit aller Beschleunigung herbeigeführt werden und sieht der Magistrat einer diesbezüglichen Vorlage der Sozialen Kommission baldigst entgegen.

Das Hilfskomitee erliehe nun den nachstehenden

**Aufruf**

Schon seit einer Reihe von Jahren hat die allgemeine wirtschaftliche Depression einen erheblichen Rückgang des Arbeitsverdienstes herbeigeführt, der sich insbesondere in München infolge des fast völligen Darniederliegens des Baugewerbes empfindlich fühlbar macht. Die Fortdauer dieser Krise und die strenge Kälte haben die Arbeitslosigkeit auf das Mindestmaß herabgedrückt, die Zahl der Arbeitslosen und deren Not aber in einem Grade gesteigert, der dringende Abhilfe erfordert.

Der Stadtmagistrat wird zwar durch sofortige weitere Inanspruchnahme aller Arbeiter, deren Ausführung in Aussicht genommen und jetzt auch möglich ist, einer großen Anzahl Arbeitswilliger Verdienst zu verschaffen suchen. Damit kann indessen nur einem Teile die so wünschenswerten Hilfeleistung gewährt werden.

Eine wirksame Abwehr des durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Notstandes ist nur dann möglich, wenn die Gesamtbevölkerung Münchens, insbesondere die wohlhabenden Kreise, die bei so vielen Gelegenheiten ihren Sinn für Wohlthätigkeit und Opferwilligkeit dargetan haben, zusammenzutreten, um den Arbeitslosen ihr bitteres Los zu erleichtern und Tausenden hilfbedürftiger Mitmenschen, die ohne ihre Schuld hungern und frieren, in ausgiebiger Weise unter die Arme zu greifen.

Das Komitee, das sich zur sofortigen Unterstützung der Arbeitslosen gebildet hat, wendet sich daher an die Menschenfreundlichkeit der Münchener Bürgerschaft, zu diesem gemeinnützigen Werke nach Kräften beizutreten.

Der Magistrat hat bereits, vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeindegeldlegiums, zu gedachtem Zwecke die Summe von M. 20 000 bewilligt, und auch vom Verwaltungsrat des Münchener Hilfsfonds ist hierfür ausnahmsweise die außerordentliche Spende von M. 15 000 aus Mitteln des Fonds genehmigt worden.

Damit das Komitee seiner ihm gestellten Aufgabe in möglichst großem Umfang gerecht werden kann, möge jeder durch eine, wenn auch noch so kleine Gabe nach seinen Kräften dazu helfen, den Grundstock der einzuleitenden Sammlung zu vergrößern und zur Linderung der Not beizutragen.

Spenden werden jederzeit von den Geschäftsstellen der „Münchener Post“, sowie im Rathause, Amtszimmer des ersten Bürgermeisters, sowie vom Tortwart des Rathauses entgegengenommen.

München, den 18. Januar 1905.

**Komitee zur Unterstützung der Arbeitslosen.**

Erster Bürgermeister Dr. v. Borscht,  
Kommerzienrat Seyboth, erster Vorstand des Gemeindebevollmächtigten-Kollegiums, Vorsitzende.

Die Majorität der Gemeindebevollmächtigten erteilte ihre Zustimmung. Nach den Beschlüssen des Hilfskomitees erhalten nun solche Arbeiter eine Unterstützung, die mindestens seit dem 1. Juli 1904 in München ununterbrochen wohnhaft und mindestens acht Tage ohne ihr Verschulden arbeitslos sind. Die Leute, welche die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen wollen, haben sich täglich zur festgesetzten Zeit zu melden. Sie haben auf den Meldestellen die ihnen abverlangten Angaben zu machen; unrichtige Angaben haben den Ausschluß von jeder weiteren Unterstützung zur Folge. Verheiratete erhalten Geldunterstützung, Ledige Anweisung auf ein Mittagessen.

Am Samstag, den 21. Januar, wurde die erste Arbeitslosenunterstützung verabreicht. Die Verheirateten erhielten, wie schon vorher bekannt gemacht worden war, M. 2 in barem Gelde (nach den Berichten soll diese Summe die Unterstützung für 3 oder 4 Tage sein, denn es wird nur zweimal wöchentlich ausgezahlt); die Ledigen erhielten eine Anweisung auf ein Mittagessen (auf einer Stelle bestand dieses aus zwei Würsten und zwei Broten, und auf einer anderen Stelle aus Suppe, Fleisch und Gemüse). Am Freitag hatten sich zum Empfange der Unterstützung gemeldet: 1085 nichtgewerbliche Arbeiter, 505 Maurer und Zimmerleute, 375 Metallarbeiter, 215 Holzarbeiter und 408 Angehörige anderer Gewerbe; im ganzen also 2538 Arbeitslose. Davon waren 1043 ledig und 1495 verheiratet. Samstag rückten die Arbeitslosen schon um 9 Uhr Morgens in großer Zahl an, um die Unterstützung zu empfangen; gegen 10 Uhr war der Andrang bereits so stark, daß an allen Ausgabestellen die

Säle überfüllt waren. Auch meldete sich noch eine sehr große Zahl neu, so daß die aufgestellten Hilfskräfte alle Hände voll zu tun hatten.

Soweit der Tatsachenbericht, den wir zu ergänzen beabsichtigen, sobald weitere Meldungen vorliegen. Er läßt aber auch so schon tief blicken.

Eine Berechnung für Hannover. An den Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1904, die allmonatlich vorgenommen wurden, beteiligten sich durchschnittlich 445 Personen. Die Zahl der Arbeitslosentage betrug insgesamt 7667, davon 7365 wegen Arbeitsmangels und 302 wegen Witterungseinflüsse. Der entgangene Arbeitsverdienst beträgt sich auf 66 320 Stunden à 52 g = M. 34 486,40. Die Zahl der Krankheitstage belief sich auf insgesamt 8686. Wie sich die Feiertage im einzelnen verteilen, erhellt daraus, daß 22 Kameraden zusammen 577 Tage länger arbeitslos waren, als die im Entwurf zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgegebene Unterstützungsfrist. Bei vier von diesen dauerte die Arbeitslosigkeit pro Mann über 100 Tage. Und trotz dieses Umstandes stößt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verlande in Hannover auf eine ziemlich große Gegnerschaft. Die Zahl der Krankheitstage ist ebenfalls eine erhebliche. In zahlreichen Fällen waren Unfälle die Ursache der Krankheit.

Die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung auf der Grundlage des vorgeesehenen Entwurfes soll durch nachstehende Berechnung bewiesen werden. Bei einer Arbeitslosigkeit in dem oben geschilderten Umfange wäre abzüglich der Karenzzeit und der über die Unterstützungsfrist hinausgehenden Arbeitslosigkeit für 2914 Tage Unterstützung zu zahlen. Dazu wäre eine Summe von M. 3642,50 erforderlich. Die Zahl der Verzagten betrug, wie schon erwähnt, im Durchschnitt 45. Die von diesen aufzubringenden Beiträge stellen sich auf M. 3650. Wüthn würde sich für die Zahlstelle Hannover ein Defizit von M. 82,50 ergeben. Nun kann jedoch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß, wenn die Erhebungen auch auf die in der Umgegend wohnenden Mitglieder ausgedehnt worden wären, das Resultat sich wesentlich günstiger gestaltet hätte. Dadurch würde sich also das Defizit ziemlich ausgleichen. (Wir wollen dazu bemerken, daß dem Berichtsteller insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als er nicht den Unterstützungsbeitrag von M. 1 — wie der Entwurf für das erste Jahr vorsieht — sondern von M. 1,25 in Anrechnung gebracht hat. Er dürfte aber nur mit dem ersten rechnen, würde somit an Unterstützung nicht M. 3642,50 sondern nur M. 2914 ausgezahlt, mithin nicht ein Defizit sondern noch einen Ueberschuß von M. 646 erzielt haben. Im allgemeinen sei jedoch gesagt, daß solche Berechnungen, die sich doch immer nur in einem eng begrenzten Rahmen bewegen, durchweg zu recht unsicheren Schlüssen führen. Die Red.)

Im Agitationsbezirk Hannover nahmen im Monat Dezember folgende Zahlstellen zur Arbeitslosenunterstützung Stellung: Uelzen, Gildesheim, Walsrode, Goslar, Holzhausen und Hannover. In Uelzen, wo schon eine Versammlung sich mit der Frage beschäftigt hatte, in der des schwachen Besuches halber aber die Diskussion abgebrochen und in einer späteren Versammlung fortzusetzen beschlossen war, scheint man die bisherigen Erfahrungen nicht genügend zu würdigen. Es muß wirklich wunderbarlich berühren, wenn Kameraden, die im Vorjahre 22 Wochen ausgesperrt waren, und denen es trotz aller Mühe nicht gelingen konnte, weder am Orte noch in der Umgegend Arbeit zu erhalten, noch zu behaupten wagen, daß für sie die Arbeitslosenunterstützung keinen großen Wert habe, weil sie mit einer größeren Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen hätten, und sich den im Zimmergewerbe nicht mehr unterzubringenden Kameraden hinreichend Gelegenheit zu anderer Beschäftigung bieten. Diese Ansicht, die auch in der sehr gut besuchten Versammlung am 8. Januar vertreten wurde, habe ich natürlich auf ihren wahren Wert zurückgeführt, mit dem allerdings nur geringen Erfolge, daß beschlossen wurde, dem Delegierten der Wahlabteilung aufzugeben, auf der Generalversammlung für eine Urabstimmung einzutreten; jedenfalls aus dem Grunde, weil man glaubt, dadurch auf die geeignetste Weise das ganze Projekt zu Fall zu bringen. — Verhältnismäßig gut besucht war die Versammlung in Gildesheim, wo Kamerad Jahr-Hannover referierte. Die dortigen Kameraden haben in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges recht traurige Erfahrungen gemacht. Sie sind überzeugt, daß, hätte unser Verband einige Jahre eher diese Einrichtungen geschaffen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihrem Orte nicht den Schwankungen unterlegen hätten, wie das jetzt der Fall gewesen. Bei der Abstimmung waren 34 Kameraden für, vier gegen die Einführung. — In Walsrode sprach Kamerad Behnke-Hannover in einer ebenfalls gut besuchten Versammlung. Die Bedenken, die gegen die Einführung erhoben wurden, waren die bekannten und schon allzu oft angeführten; sie konnten leicht widerlegt werden. Die Versammlung sprach sich schließlich dahin aus, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein Rückgang in der Organisation wohl nicht zu befürchten sei. — In Goslar fehlt es noch an der nötigen Einsicht; trotzdem die hiesigen Unternehmer jede Arbeitslosigkeit dazu benutzt haben, die Löhne möglichst niedrig zu halten, will den Kameraden nicht einleuchten, daß diesem Treiben durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung entgegengetreten werden könne. Man fürchtete von der letzteren nicht nur einen Mitgliederverlust, sondern auch eine Erschwerung bei der Anwerbung neuer Mitglieder. Von einer Abstimmung wurde Abstand genommen, um zunächst mehr Klarheit zu schaffen. — Die leiblich gut besuchte Versammlung in Holzhausen entschied sich nach längerer Diskussion einstimmig für die Einführung. — In Hannover haben drei Versammlungen sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Diskussion war in allen eine sehr lebhafte. Die von den Gegnern der Einführung gemachten Einwände wurden von den Befürwortern in sachlicher Weise widerlegt, indem sie darauf hinwiesen, daß die Notwendigkeit für die Einführung auch für die Zahlstelle Hannover immer mehr zu Tage trete. Bei der Abstimmung ergab sich eine schwache Majorität für die Einführung.

Bemerkt soll noch werden, daß sich die Gegnerschaft zumeist aus solchen Kameraden zusammensetzt, die überhaupt jeder Neueinrichtung, sei es im Gesamtverband oder in der Zahlstelle, widerstreben. Aug. Wiegmann, Hannover.

Aus dem Agitationsbezirk Bayern berichtet Kamerad Kemmer-München über den Verlauf einiger im Laufe des Januar von ihm abgehaltener Versammlungen. Daraus entnehmen wir, daß die Zahlstelle Rosenheim sich am 6. Januar einstimmig für die Einführung entschied, bezugleich am 7., 8. und 15. Januar die Zahlstellen Reichenhall, Berchtesgaden, Kaufbeuren und Kempe. In allen Versammlungen fand eine recht ausgedehnte Diskussion statt, in der verschiedentlich Bedenken auftraten, die zu zerstreuen dem Referenten jedoch ohne große Mühe gelang. Auch die Zahlstelle Lindau sprach sich in einer Versammlung am 16. Januar für die Einführung aus. Der Zahlstelle Konstanz, die für die Wahl des von ihr aufgestellten Kandidaten einzutreten suchte, und die denselben nicht besser empfehlen zu können glaubte, als dadurch, daß sie auf seine Gegnerschaft zur Arbeitslosenunterstützung hinwies, wurde ein ablehnender Bescheid zu Teil.

In Bayern haben somit alle Zahlstellen zu der Frage Stellung genommen. Gegen die Einführung hat sich bisher nur Nürnberg entschieden; in Lauf (?) und München steht die Entscheidung noch aus. Stimmen die beiden letzten Zahlstellen der Einführung zu, dann wäre Nürnberg die euzügigste Zahlstelle, die einen abweichenden Standpunkt vertritt.

Die Zahlstelle Baderich sprach sich in einer Versammlung am 28. Dezember gegen die Einführung aus, um — wie es in dem Bericht heißt — „die Erhöhung der Beiträge zu vermeiden“. — In einer Versammlung in Lauf am 14. Januar beschäftigte man sich zur wiederholten Male mit der Arbeitslosenunterstützung. „Die meisten Kameraden waren dagegen“, so heißt es am Schlusse des uns von dieser Versammlung zugegangenen Berichtes. — In Osterholz-Scharmbeck wies in einer am 8. Januar abgehaltenen Versammlung Kamerad Caspar-Premen in längeren Ausführungen auf die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung hin. Auch der Vorsitzende trat warm dafür ein, während sich die Mitglieder ausschwiegen. Die Abstimmung ergab 6 Stimmen für, 8 gegen die Einführung. — Die Zahlstelle Wittenberge beschloß am 7. Januar, die Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung in der nächsten Versammlung fortzusetzen. — Die Diskussion in einer Versammlung am 8. Januar in Seehausen verlief resultatlos. Dagegen stimmte eine Versammlung in Jüllichau am 8. Januar nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden einstimmig der Einführung zu. — Die Kameraden in Herne i. W. und Medlinghausen, die am 15. Januar eine gemeinschaftliche Versammlung abhielten, erklärten sich nach einem Referat des Kameraden Janzen-Düsseldorf durch Annahme einer Resolution bereit, für die Arbeitslosenunterstützung einzutreten und eine rege Propaganda für diese zu entfalten. — In Neustadt i. M. pflichtet man den Ausführungen des Kameraden Dörfel-Reichenbach (siehe „Zimmerer“ Nr. 2), die dahingehen, daß die Arbeitslosigkeit besonders in den kleineren Zahlstellen in erheblichem Umfange auftritt, bei, und hält die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für sehr nützlich, „wenn nur die Beiträge nicht allzu hoch würden“. — Die Zahlstelle Ohlau: Schl. entschied sich in einer Versammlung am 15. Januar nach einem Referat des Kameraden Schmidt-Dreslau nahezu einstimmig für die Einführung. — In Göpönitz ist man der Meinung, daß die Unterstützung bedürftiger Arbeitslosen den Zahlstellen zur Pflicht gemacht werden müsse. Ein dahingehender Antrag soll der Generalversammlung unterbreitet werden. — Eine Versammlung in Vehm-Geeßmünde am 13. Januar entschied sich nach einem Referat des Kameraden Cede-Hamburg gegen die Einführung. — In Remscheid wurde am 14. Januar nach einem Vortrage des Kameraden Saupe-Barmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden; sie hält dieselbe für ein Gebot der Solidarität, wünscht aber, daß eine Urabstimmung darüber stattfindet.“ — In Berlin haben sich vor kurzem zwei Mitgliederversammlungen mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. In der einen, die für den Norden nach dem „Ewinemünder Gesellschaftshaus“ einberufen war und die einen starken Besuch aufwies, hielt Kamerad Knüpfer das einleitende Referat. In der Diskussion traten sechs Redner gegen, vier für die Einführung ein. Die gegen die Einführung angeführten Gründe sind die bekannten: der Verband werde seinen Kampfscharakter einbüßen, auch einen beträchtlichen Mitgliederverlust erleiden. Die Befürworter traten dem entgegen, an der Hand einer sehr logischen Dialektik nachzuweisen, daß der Verband notgedrungen seine Kampfmittel erweitern müsse, wenn er seine Aktionsfähigkeit erhalten wolle. Auch der Referent widerlegte die erhobenen Einwände. — Die zweite Versammlung, in der Arbeitersekretär Genosse Link referierte, tagte im Gewerkschaftshause. Auch hier war der Besuch ein recht guter. An der sich dem Vortrage anschließenden Diskussion beteiligten sich elf Kameraden; acht sprachen sich für, drei gegen die Einführung aus. Von einer Abstimmung wurde in beiden Versammlungen Abstand genommen, da diese den Bezirken und endgültig der Zahlstellenversammlung obliegt. — Die Zahlstelle Wilke entschied sich in ihrer Versammlung am 7. Januar gegen die Einführung und beschloß, zur Generalversammlung einen Antrag auf Urabstimmung zu stellen.

Zu der zur Diskussion stehenden Arbeitslosenunterstützungsfrage seien auch mir einige Worte gestattet. Trotz dem das für uns Wider schon in ausgiebiger Weise erörtert worden ist, möchte ich doch die Gegner dieser Einrichtung, die beiläufig gesagt, bereits in bedeutender Anzahl in das Lager der Befürworter eingeschwenkt sind, auf einiges hinweisen. Ihre Gründe gegen die Einführung sind zum Teil das Ergebnis recht egoistischer Anschauungen. Wenn sich zum Beispiel die Kameraden in den Industriorten, wo die Arbeitslosigkeit im allgemeinen weniger fühlbar wird, gegen die Arbeitslosenunterstützung erklären, so ist das schon ein Beweis dafür,

daß es um das Solidaritätsgefühl noch nicht allzubeß bestellt ist. Wäre dieses besser ausgeprägt, dann dürften solche Ansichten kaum noch Boden finden. Würde überhaupt — auch in moralischer Beziehung — die Solidarität mehr gepflegt werden, dann dürften wir den Anforderungen, die heute an uns gestellt werden, mit weit leichter Mühe gerecht werden können. Jedes egoistische Streben muß zurückgedrängt werden; etwas mehr Idealismus, das ist es, was uns not tut. Und gerade die Arbeitslosenunterstützung setzt voraus, daß jeder einzelne in volstem Maße Solidarität übt, in moralischer als auch in finanzieller Beziehung. Nicht der Grundsatz: „Der Schwächere muß dem Stärkeren weichen“, sondern der: „Das Recht des Schwächeren ist gleich dem des Stärkeren“ möge unsere Richtschnur sein. Einzig deshalb, weil vielleicht schwächlich veranlagte oder ältere Kameraden mehr Vorteile von einer Arbeitslosenunterstützung haben werden, als jüngere und kräftige Mitglieder, sich gegen die Einführung zu erklären, halte ich für durchaus unangebracht, ja für unmoralisch. Wenn verschiedene Kameraden dieser Einrichtung ablehnend gegenüberstehen, weil sie sich in dauernder Stellung zu befinden und recht gut ohne Arbeitslosenunterstützung auskommen zu können glauben, so bedauere ich deren Kurzsichtigkeit. Schon mancher hat sich in diesem Wahne gewiegt und plötzlich hat ihn das Schicksal mit rauher Hand erfasst, ihr existenz- und mittellos gemacht.

Eine andere Frage ist die, welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, damit unsere Organisation vorwärts schreitet. Verschiedene Vorschläge sind hierzu gemacht worden; sie alle sind jedoch dazu angetan, unserer Organisation den Kampfescharakter zu nehmen, hingegen ist das bei der Arbeitslosenunterstützung nicht der Fall. Wir kommt es aber in der Hauptsache mit darauf an, eine Einrichtung zu schaffen, die die Mitglieder an den Verband fesselt, damit die Fluktuation nach Möglichkeit eingebremst wird. Und da halte ich die Arbeitslosenunterstützung für am geeignetsten. In derselben erblicke ich aber auch eine Stütze für die zurückgebliebenen Gegenden, in denen die Arbeitslosigkeit ohne Zweifel eine größere ist, als in den Industriezentren. Gerade dort wird sie ein Machtmittel sein gegen die Gesülte der Arbeitgeber, und zwar in höherem Maße, als in den bestorganisierten Orten. Und ist es nicht unsere Pflicht, für die Kameraden in jenen Gegenden einzutreten, damit auch sie sich eine menschenwürdige Lebenshaltung erkämpfen können? Eine Beitragserhöhung wird soviel einzutreten müssen, wenn wir unseren Gegnern erfolgreichen Widerstand leisten wollen. Und nun die vielfach verlangte Urabstimmung. Ich glaube nicht, daß sich die Generalversammlung für eine solche entscheiden wird. Jede Beitragserhöhung ist ohne eine Urabstimmung vor sich gegangen, auch die letzte im Jahre 1903, die ähnliche Anforderungen an uns stellte, wie jetzt die Erhöhung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Und wie liegen die Dinge bei einer Urabstimmung? Fast in jeder Zahlstelle sind einige Gegner, denen es ohne große Schwierigkeiten möglich ist, Mitglieder, die wenig in die Versammlungen kommen, gegen die eventuell zur Urabstimmung stehende Frage einzunehmen, weil diese sich oft völlig in Unkenntnis befinden. Ich bin deshalb der Meinung, daß man über eine so wichtige Sache diejenigen abstimmen lassen soll, die wirklich Interesse und auch Verständnis dafür haben, was der Organisation dient, und das sind ohne Zweifel die Delegierten der Generalversammlung, die ihre Entscheidung nach eingehender Prüfung der Sachlage nach bestem Ermessen treffen werden.

Wenn vielfach der Entwurf bemängelt wird, so ist dem nur entgegenzuhalten, daß eine neu geschaffene Einrichtung nicht schon von vornherein allen Ansprüchen genügen kann. Zugegeben muß werden, daß im Vergleich zu dem früheren der jetzige Entwurf ganz wesentliche Verbesserungen vorsteht. Ihn noch mehr zu vervollkommen, wird mit der Zeit möglich sein, vorausgesetzt, daß es nicht am guten Willen fehlt. Hinweis möchte ich dann noch darauf, daß es neben der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auch unsere Aufgabe sein muß, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges das Erungene zu behaupten, den Lohnreduktionsbestrebungen der Unternehmer einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, und dazu bedürfen wir der Arbeitslosenunterstützung.

Zum Schluß noch einiges in bezug auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei Einführung einer solchen die Arbeiter es sind, die die Beiträge für diese aufbringen müssen, direkt oder indirekt. Und wozu würde ein großer Teil dieser Beiträge dienen? Zur Erhaltung eines großen Beamtenstabes, wie wir ihn heute beispielsweise bei der Alters- und Invalidenversicherung haben. Fragen wir uns einmal, zu welchem Zweck die dort angesammelten Millionen verwendet werden, und was derjenige erhält, der berechtigt zur Unterstützung ist? **J. Gentschel, Düsseldorf.**

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

**Zur Generalversammlung.**

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Wahl eines Delegierten zur 18. Generalversammlung in den Zahlstellen, welche nicht selbständig einen Delegierten entsenden, unverzüglich vorzunehmen ist. Die Wahllisten müssen bis spätestens den 31. Januar bei dem Unterzeichneten eingesandt sein. — Ebenfalls sind alle für die Generalversammlung bestimmten Anträge bis spätestens den 10. Februar einzusenden.

Nach § 17 Abs. 5 des Statuts muß die Neu- resp. Wiederwahl der Zahlstellenvorstände in der ersten Hälfte des Monats Januar erfolgen. Wir bitten, dieses beachten zu wollen und ersuchen, uns die Namen der neu- oder wiedergewählten Vorstandsmitglieder sofort nach erfolgter Wahl zu melden (siehe § 17 Abs. 8 des Statuts).

Das frühere Mitglied **H. Vormann**, geb. am 5. Januar 1874 zu Bernburg, zur Zeit wohnhaft in **Minden i. W.**, hat sich derartig gegen die Verbandsinteressen wie auch gegen

seine eigenen Kameraden vergangen, daß wir vor dessen Wiederaufnahme in den Verband recht dringend warnen.

**Der Zentralvorstand.**

**J. A.: Fr. Schrader, Vorsitzender.**

**Rassengeschäftliches.**

Die nachstehenden Zahlstellen haben trotz schriftlicher Anforderung Abrechnung über das vierte Quartal noch nicht eingesandt:

- Angermünde, Apenrade, Bad Nauheim, Barby, Bitterfeld, Coburg, Demmin i. Pomm., Eberstadt, Frankfurt a. d. O., Friedrichshagen, Grünberg i. Posen, Hameln, Heeklingen, Heilbrunn, Hinternah, Jever, Kirchheim (N.-L.) Kolmar i. Posen, Krupelln, Meddorf, Raumburg, Reudamm, Rieburg a. d. S., Oberwülshadt, Orb, Peine, Posen, Pr. Stargard, Rheingönheim, Rothemühl, Berleberg, Schöningen, Soltan, Tempeln, Uckermünde, Uetersen, Soorbe, Walsrode, Wandstfel, Wolbenberg, Wronke, Wasserhanfen, Züllichan und Zweibrücken.

Wir ersuchen dringend, das bisher Versäumte schleunigst nachzuholen.

Für die ausständigen Vergarbeiter im Ruhrgebiet gingen bis zum 24. Januar beim Unterzeichneten ein:

- Aus Binslan. M. 30, Dargum 5, Loitz 5, Stabe 25, Hagen i. B. i. Rechn. 15, Hamburg 280, Barth 20, Blankenburg a. S. 20, Brunsbüttel 10, Burgstadt 20, Calbe 30, Eberswalde 50, Frankenhäufen 10, Grevesmühlen 18, Lindow 10, Magdeburg 400, Schleswig 30, Spanbau 200, Stenold 20, Warnemünde 15, Wernigerode 25, Werder 25, Wittenberge 20, Summa M. 1088.

**Ab. Römer, Kassierer.**

**Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.**

**Agitationsbezirk Bayern.**

**Bericht für das 4. Quartal 1904 und Jahresübersicht.**

Das 4. Quartal sollte hauptsächlich der Agitation für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dienen. Alle Zahlstellen des Bezirkes bis auf vier haben bis zum Jahreschluss schon Stellung zu dieser Frage genommen. In drei Zahlstellen hat Kamerad Schrader über dieses Thema referiert, in allen übrigen der Gauleiter. Es haben sich für die Einführung erklärt 10 Zahlstellen, dagegen 1 und in 3 Zahlstellen ist die Frage noch nicht entschieden. Zu den letzteren gehört auch München, wo man sich noch in den einzelnen Bezirken mit der Frage beschäftigen soll.

Bezüglich Lohnbewegung ist zu berichten, daß die Zahlstelle München einen Tarif ausgearbeitet und dem Arbeitgeberverband eingereicht hat. Außerdem waren hier dreimal Unterhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern nötig, um zu erreichen, daß der ortsübliche Lohn bezahlt wurde. Das ist in allen drei Fällen mit Erfolg geschehen. Zur Erreichung desselben Zwecks war der Gauleiter auch beim Verkehrsminister vorstellig und zwar mit Erfolg.

In Nürnberg wollen einzelne Unternehmer sich immer noch nicht recht an die Einhaltung des bestehenden Tarifs gewöhnen und war daher eine öffentliche Versammlung nötig, in der den Arbeitgebern gezeigt wurde, daß der Verband nötigenfalls die Konsequenzen aus ihrem Verhalten ziehen würde. Hoffentlich hilft diese Rundgebung auch für die Zukunft. Vorbedingung dabei ist aber, daß die Kameraden in Nürnberg mehr tätig sind für den Ausbau der Organisation nach innen und nach außen. Die Agitation betreffend sind im Bezirk im vierten Quartal 18 Reisen gemacht worden. Auf diesen wurden 18 Orte insgesamt 29 mal besucht, und zwar 3 Orte je dreimal, 5 Orte je zweimal und 10 Orte je einmal. Abgehalten wurden 31 Versammlungen mit Vorträgen, 12 Besprechungen und 22 Sitzungen. Außerdem wurden 4110 Flugblätter und Handzettel verteilt.

Die Korrespondenz umfaßte 127 Posteingänge und 251 Ausläufe. Die Mitgliederzahl, die am Schluss des dritten Quartals 1484 betrug, stieg auf 1585, so daß jetzt im Bezirk von allen organisationsfähigen Zimmerern 14,9 pZt. organisiert sind gegen 5,5 pZt. im vierten Quartal 1903.

Ueber die Tätigkeit des Gauvorstandes im Jahre 1904 gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

1904	Zahl der		Wiederholungsbesuche	Zahl der		Zahl d. verteilten Flugblätter und Handzettel	Korrespondenz	
	Beispielen	Besuchungen		Besprechungen	Sitzungen		Posteingänge	Postausgänge
1. Quartal	15	19	16	11	9		70	260
2. "	38	22	41	26	17	während des ganzen Jahres	97	273
3. "	25	19	35	31	20		129	304
4. "	18	18	29	31	22		127	251
Summa	96	74	124	114	53		28600	423

Die Entwicklung der Organisation veranschaulicht folgende Tabelle:

	Zahlstellen	Mitglieder	In Prozenten	Zahl der Zahlstellen wo Lohn-erhöhung erreicht wurde	Zahl der Zahlstellen wo Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde
4. Quartal 1903	15	584	5,5	6	2
1. " 1904	15	740	7,0		
2. " 1904	17	1028	9,8		
3. " 1904	18	1484	13,0		
4. " 1904	18	1585	14,9		

Die Lohnreduzierungen in den 8 Zahlstellen bewegen sich zwischen 1 bis 5 pZt. pro Stunde. Die Arbeitszeitverkürzung in den 2 Zahlstellen beträgt 1/2 und 1 Stunde pro Tag.

Wir schließen unseren Quartals- und Jahresbericht mit dem Wunsche, daß die hier verzeichneten Fortschritte uns zu neuem, kampfeskräftigem Arbeiten anspornen mögen, damit der Bezirk Bayern sich bald den anderen Bezirken Deutschlands

in bezug auf die Organisationsverhältnisse wie auch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen würdig an die Seite stellen kann. **München, im Januar 1905. August Kemmer.**

**Unsere Lohnbewegungen.**

**Erfolgreich beendeter Platzstreik in Stargard in Pommern.** Am 22. Dezember v. J. haben die bei der Firma George beschäftigten Kameraden die Arbeit eingestellt und über das Geschäft die Sperre verhängt, weil sich George weigerte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen, auch zu Zimmerarbeiten vorwiegend Arbeiter heranzuz. 15 Mann traten in den Streik. Nach mehrfachen Verhandeln sind die Differenzen beigelegt worden. George hat den Tarif unterschrieben und somit daher am 16. Januar die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

**Platzstreik in Aue i. Erzgeb.** In dem Geschäft des Zimmermeisters Vochnann haben am 14. Januar sechs Kameraden wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Alle Versuche, ihn zu veranlassen, den bisher gezahlten Lohn wieder herzustellen, scheiterten. Das Geschäft ist gesperrt.

**Forderungen in Langenbielau und Stellungnahme der Unternehmer dazu.** Im Juni des Vorjahres haben unsere Kameraden in Langenbielau und Umgegend die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich festgelegt. Ihre damals gestellte Forderung, Erhöhung des Lohnes von 27 auf 32 pZt., war nicht in vollem Umfange bewilligt worden, vielmehr trat nur eine Erhöhung von 2 pZt. pro Stunde ein, so daß der Stundenlohn auf 29 pZt. normiert wurde. Die Arbeitszeit wurde durch Einführung der Vesperpause von 11 auf 10 1/2 Stunden verkürzt. Im Dezember v. J. haben nun die Kameraden den Tarif einer gründlichen Beratung unterzogen und einige Abänderungen vorgenommen, deren wesentlichste die Festsetzung eines Normallohnes von 33 pZt. pro Stunde ist. Aber auch noch einige andere Bestimmungen des Tarifs haben eine etwas andere Fassung erhalten. So sollen beispielsweise Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet sein, bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses sich gegenseitig zwei Stunden vor Arbeitschluss in Kenntnis zu setzen. Auch bezüglich der Lohnzahlung wurde eine andere Regelung gewünscht. Unterm 29. Dezember 1904 ist den Unternehmern der neuformulierte Tarif zugesandt, und schon unterm 6. Januar v. J. erfolgte die Antwort, aus der hervorgeht, daß sich die Meister mit der Arbeitszeit einverstanden erklären, nicht aber mit der geforderten Lohnreduktion. Eine solche lehnen sie ab als nicht angängig; einmal deshalb, weil erst im Vorjahre der Lohn erhöht worden sei, dann aber auch, weil in anderen gleich großen Orten annähernd gleiche, zum Teil sogar niedrigere Löhne gezahlt würden, als in Langenbielau. Auch in bezug auf Wochenlohn, Lohnzahlung usw. soll es so belassen werden wie bisher. Maßregelungen sollen nicht stattfinden, doch soll jede Agitation auf der Baustelle, ganz gleich welcher Art, unterbleiben. Unsere Kameraden haben bisher noch nicht endgültig Stellung dazu genommen. Möglich ist jedenfalls, daß auf dem Wege der Verhandlungen ein gütlicher Ausgleich zu stande kommt.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Ein paar Worte zur Berichterstattung.**

Als die „Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ erschienen und allenthalben gute Aufnahme fanden, durfte man annehmen, daß Auseinandersetzungen über die Berichterstattung aus den Zahlstellen in Zukunft nicht mehr nötig sein würden. Anfangs besserte sich auch vieles. Immerhin, einer Anzahl Schriftführer sind die „Praktischen Winke“ noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen und manche Schriftführer scheinen die Schrift gar nicht zu kennen. Die Berichterstattung läßt wiederum zu wünschen übrig, so daß einige Hinweise geraten erscheinen.

Im eben abgelaufenen Jahrgange des „Zimmerer“ (1904) sind aus 342 Verbandszahlstellen zusammen 912 Berichte erschienen. Etwa 213 Zahlstellen haben über ihre Existenz nichts verlauten lassen; nur die trockenen Zahlen der Verbandsabrechnungen verraten ihr Dasein. Das ist aber nur die eine Seite der Unlieblichkeiten, an welchen die Berichterstattung leidet. Von den 342 Zahlstellen, welche berichteten, lieferten:

153 Zahlstellen je 1 Bericht	8 Zahlstellen je 9 Berichte
81	1 Zahlstelle
49	10
17	3 Zahlstellen
9	11
8	12
3	13
3	14
3	15
5	1 Zahlstelle
	15
	26

Hierbei hat gar keine Regel obgewaltet. Manche kleine Zahlstelle lieferte eine große Anzahl Berichte und manche große Zahlstelle eine kleine Anzahl. Auch zwischen Quantität und Qualität macht sich keine Regel bemerkbar. Von vielen Berichten muß gesagt werden: „Nur Druckerfchwärze auf Papier!“ Wären sie nicht erschienen, dann hätte weder die betreffende Zahlstelle, noch der Zentralverband als solcher oder das Fachorgan darunter gelitten. Jahresberichte, Halb- oder Vierteljahresberichte sind nur selten geliefert worden. Und von den wenigen, die uns zugehen, sind noch eine Anzahl nichts weiter als Wiederholungen der bereits erschienenen Berichte. Eine ungeheure Anstrengung gehört dazu, genügend Worte und Wortkombinationen zu finden, um die Leere und Eintönigkeit der Berichte nicht gar zu kraß hervortreten zu lassen und sie verdaulich zu machen. Dafür ernten wir gewöhnlich die liebenswürdigen Bemerkungen in den Berichten, daß der Schriftführer keine Lust zum Berichten habe, weil wir seine Berichte „bestimmeln“ oder „ganz anders wiedergeben“, als er sie eingeleistet habe. Die wirklich guten Berichte kommen bei diesen

Kalamitäten leider nicht in dem Maße zur Geltung, wie sie es verdienen, und der Zweck, den die Berichterstattung aus den Zahlstellen haben soll, wird in keiner Weise erreicht.

Auf die vielerlei Mängel, die der Berichterstattung anhaften, im einzelnen einzugehen, ist an dieser Stelle natürlich nicht möglich. Es dürfte aber auch wichtiger sein, den Hauptgrund hervorzuheben, der die mangelhafte Berichterstattung veranlaßt, und dieser besteht darin, daß viele Schriftführer den Zweck der Berichterstattung nicht begreifen. Darum müssen wir wiederholen: Die Berichterstattung soll dazu dienen, den Berufsgenossen anderer Orte ein großzügiges Bild zu geben und eine geistige Verbindung der Verbandszahlstellen herzustellen. Wer die Berichte aus den Zahlstellen liest, der soll daraus ein Bild gewinnen über das Leben und Treiben unserer Gesamtorganisation. Hätten unsere Schriftführer diesen Grundsatz immer vor Augen, ließen sie sich nicht fortgesetzt von jedem ins Vogelhorn jagen, glaubten sie nicht, daß ihre Aufgabe darin bestehe, breit zu beschreiben, wenn dieser oder jener einmal konfuse Ansichten äußert oder auf irgend welche Einrichtungen im Verbandschwulst, sich unnötig benimmt usw., ja dann wäre schon viel gewonnen. Der Bericht im „Zimmerer“ soll nicht das Protokoll für die betreffende Zahlstelle sein! Die Mitglieder einer jeden Zahlstelle sollen die Versammlungen besuchen, um zu erfahren, was da vorgeht. Durch den „Zimmerer“ sollen sie es nicht erst erfahren.

Ist es aus tausend Gründen schon nicht wünschenswert, daß das Jahrbuch zu einer Art Protokollbuch der Verbandszahlstellen herabgedrückt wird, dann ist es aber auch gar nicht möglich, solche Absichten durchzuführen. Nehmen wir an, jede der 555 Verbandszahlstellen hätte im Jahre 12 Versammlungen ab (viele versammeln sich 24 bis 36mal und öfter) und von jeder Versammlung sollte das Protokoll erscheinen, das wären 6660 Protokolle. Sie beanspruchten auch in ihrer kürzesten Fassung einen Raum, der weit über den Umfang des „Zimmerer“ hinausgeht. Ja, wollten wir nur von jeder Versammlung die wiederkehrenden Formalitäten beschreiben, worauf leider die meisten Schriftführer das Hauptgewicht legen, dann würde der „Zimmerer“ schon nicht mehr ausreichen und kein Mensch würde ihn lesen wollen.

Der „Zimmerer“ soll doch nicht nur aus und über die Zimmererbewegung berichten, er soll derselben vielmehr auch alles für sie Wissenswerte vermitteln, in ihr auftauchende Fragen behandeln und klären, die literarische Interessenvertretung nach außen besorgen, die Pressehosen mit den Gegnern und Arbeiterfeinden sägen usw. Alle diese Gebiete müssen wir vernachlässigen, nur weil sich unsere Schriftführer nicht an eine den Verbandszweck entsprechende Berichterstattung gewöhnen können. Wir müssen daher unsere Verbandsschriftführer wiederholt dringend ersuchen, die „Praktischen Hinweise“ zur Hand zu nehmen und sie eingehend zu würdigen, damit die Berichterstattung aus den Zahlstellen endlich zweckentsprechend zu funktionieren beginnt.

**Bremen.** Am 12. Januar tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Jahresbericht des Vorstandes; 3. Entschädigung des Vorstandes; 4. Neuwahl desselben; 5. Bericht der Kartelldelegierten und Neuwahl derselben; 6. Verbandsangelegenheiten. Zum ersten Punkt erstattete der Kassierer die Abrechnung über das dritte und vierte Quartal. Zerbst wünschte Aufklärung über die im dritten Quartal gebuchte Entschädigung des Vorstandes. Es seien hierfür M. 113,15 verausgabt worden, während der Vorstand die Streikleitung bildete und als solche Streikunterstützung bezogen habe, auf Grund dessen die gewählte Vorstandsentschädigung zu Unrecht erfolgt sei. Redner stellte den Antrag, dieses Geld zurückzahlen. Diefem schlossen sich Währ und Waldeck an. Steffen stellte richtig, daß nicht, wie von Zerbst angenommen werde, der jetzige Vorstand diese Entschädigung erhalten habe, sondern es sei die Besoldung der damaligen Streikleitung für ihre Tätigkeit. Bekanntlich habe die Streikleitung auf die M. 2 Lokalunterstützung verzichtet; wenn nun der Antrag gestellt sei, diese erhaltene Gesamtentschädigung von M. 113,15 zurückzahlen, so sei er dafür, daß die Lokalunterstützung von M. 2 pro Woche nachbezahlt würde. Auch Seupel erklärte, während des Streiks ein Manko von M. 30 erlitten zu haben; wenn nun die Rückzahlung verlangt werde, so müßten diese Gelder von der Kasse gedeckt werden. Zerbst zog hierauf seinen Antrag zurück, da er der Meinung gewesen sei, daß die Streikleitung außerdem die M. 2 erhalten habe. Somit ist diese Angelegenheit geregelt. Der Vorsitzende verlas hierauf ein Unterstützungsgefuß, worin die Ehefrau eines Kameraden um die Gewährung einer Unterstützung nachsucht, da ihr Mann krankheitshalber drei Monate in einem Kurort weilt, seine Familie somit von dem Krankengeld leben muß. Waldeck war für die Bewilligung der üblichen M. 25. In Hinblick auf die sich in letzter Zeit häufenden Gesuche machte Steffen den Vorschlag, diese in allen Fällen dem Vorstand zur Prüfung zu überweisen, und den letzteren zu ermächtigen, die Unterstützung zu bewilligen. Hierfür sprachen Zimmermann, Holte und Armgard. Die Abstimmung ergab Annahme des Vorschlages. Des weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß Etade sein Amt als Bezirkskassierer niedergelegt habe, an dessen Stelle habe der Vorstand den Kameraden D. Zimmermann mit diesem Posten betraut; es bedürfe hierzu noch der Bestätigung der Versammlung, welche durch vorgenommene Abstimmung erteilt wurde. Zum zweiten Punkt, Jahresbericht des Vorstandes, nahm Kamerad Steffen das Wort. Das Jahr 1904 habe große Opfer von uns verlangt. Schon seit Beginn desselben habe man sich mit der Lohnbewegung befaßt. Wenn nun auch feststehe, daß uns der Kampf von den Unternehmern aufgedrungen worden sei, so hätte man ihn

eigentlich aus dem Wege gehen sollten. Er sei jedoch erforderlich gewesen, um den Unternehmern die Sinnlosigkeit der organisierten Zimmerer zu zeigen. War es auch nicht möglich, die aufgestellten Forderungen durchzuführen, so ist es doch gelungen, den unwürdigen Tarif, den man uns aufzwingen wollte, abzuschlagen. Wenn wir jetzt von unseren Berufskollegen, den Maurern, des Kartellvertragsbruchs beschuldigt werden, so bestehen wir darauf, im guten Recht diesen Weg eingeschlagen zu haben, da trotz aller Eingungen, welche dieserhalb mit den Maurern und Bauarbeitern stattgefunden, ein gemeinsames Vorgehen nicht zu erzielen war. Aus der von uns herausgegebenen Broschüre über den Streik, worin die Machinationen der Unternehmern ins rechte Licht gerückt sind, ist erkennbar, daß einzelne Mitglieder der Lohnkommission schon vor Ausbruch des Streiks das Endresultat derselben vorausgesehen haben, es war ihnen klar, daß es sich nur um eine Machtprobe handle. Die Mehrzahl der Kameraden aber legte in Hinblick auf die gute Konjunktur bestimmt die Hoffnung, daß der Ausgang des Streiks ein befriedigender werden müsse. Auch während des Streiks haben wir versucht, alle nur günstigen Momente abzuwarten, um für uns einen Vorteil herauszuschlagen. Es sei uns gelungen, bei der Firma Baumholz & Kossel infolge des Inarbeitsreitens unserer Kameraden bei der Arbeitsniederlegung die dortigen Arbeitswilligen mit fortzunehmen und unserer Organisation zuzuführen. Auch mit dem Zirkusdirektor Carré war schon ein Uebereinkommen getroffen, worin dieser unsere Forderungen bewilligte, und die Arbeit von unsern Kameraden ausgeführt werden sollte, als im selbigen Augenblick der Unternehmer Kfmann sich bei einer Konventionalstrafe von M. 80000 verpflichtete, den Zirkus fertigzustellen. Auch von Seiten des Baugewerksmeistervereins vereitelte man unsern Plan, indem man Herrn Carré mitteilte, es seien keine Zimmerleute zu bekommen, auch dann nicht, wenn er unsere Forderungen bewillige. Daß sodann der Unternehmer Kfmann mit einer Anzahl Kleinrentner diesen Bau fertig machte, ist ja hinlänglich bekannt. Weiter ist hervorzuheben, daß Eingangsverleugung der Herren Richter Dr. Meyer und Dr. v. Spreckelsen an der prohenhaften Haltung der Unternehmer scheiterten, da die letzteren nur geneigt waren, ohne jegliche Lohnserhöhung einen Vertrag bis zum Jahre 1907 abzuschließen. Daß die Behörden dem Unternehmern während des Streiks weitgehendste Hilfe gewährt hat, braucht kaum noch erwähnt zu werden. Dem besonnenen Verhalten der Streikenden ist es zu danken, daß die Polizei nicht öfter Ursache hatte, einzuschreiten. Gedacht werden soll auch des Opfertums der in Arbeit gestandenen Kameraden, von denen die ledigen einen Beitrag von M. 1,50, die verheirateten einen solchen von M. 0,75 pro Tag an die Streikkasse entrichteten, welchen Verpflichtungen selbige auch größtenteils nachgekommen sind. Die verhängten Strafen belaufen sich auf drei Wochen und drei Tage Gefängnis. Sodann erwähnte Redner noch den genauen Schlußbericht des Streiks, demnach stellt sich die Gesamtausgabe auf M. 98509,93. Die Arbeit stellen ein am 8. Juni 884 Kameraden, während bei der Verhandlung des Streiks, am 11. Oktober, 615 Kameraden in die Streiklisten eingetragen waren. Nunmehr gelte es, die Frage zu erörtern, was in Zukunft geschehen solle. Zunächst müsse das Vertrauen zur Leitung, das durch unberechtigte Anschuldigungen während des Streiks tief erschüttert sei, wieder hergestellt werden. Die Lohnkommission müsse aufgehoben und die Arbeiten allein von dem heute zu wählenden Vorstand bewältigt werden, damit derselbe von allem informiert sei und entsprechend handeln könne. Ein Bericht bezüglich des Bauarbeiterstreiks könne nicht gegeben werden, da infolge der Bewegung wenig unterommen wurde. Dieses müsse im Laufe des Jahres nachgeholt werden. Versammlungen wurden im verfloffenen Jahre abgehalten: 8 Mitglieder-, 5 außerordentliche und 16 Streikversammlungen; Vorstandssitzungen fanden 18, Lohnkommissionssitzungen 23 und Abgeordnetenversammlungen 8 statt. Den Umfang der Korrespondenz lassen folgende Zahlen erkennen: Eingänge waren 447 und Ausgänge 531 zu verzeichnen. Aus alledem ist ersichtlich, daß die Tätigkeit des Vorstandes im letzten Jahre eine sehr umfangreiche war. Den Bericht des Kassierers gab Kamerad Seupel. Danach betrug der Mitgliederbestand am Schluß des vierten Quartals 496, der Kassensbestand betrug zur selben Zeit M. 8765,82. Witt erstattete Bericht über die Bibliothek. Letztere wurde im verfloffenen Jahre wegen Abhaltung der Versammlung in anderen Lokalen wenig benutzt. Waldeck stellte den Antrag: „Die Bibliothek dem sozialdemokratischen Verein zu überweisen.“ Hierfür sprachen Steffen, Währ und Zander. Der Antrag wurde mit dem Zusatz angenommen, daß das Eigentumsrecht der Zahlstelle vorbehalten bleibt. Zerbst beantragte, die vorgelegte Streikabrechnung nicht eher zur Diskussion zu stellen, als bis die Herausgabe der Broschüre erfolgt ist. Dem wird zugestimmt. Nunmehr erläuterte Steffen, zum dritten Punkt übergehend, den Standpunkt des Vorstandes betreffs Entschädigung des Kassierers. Bekanntlich erhält der erste Vorsitzende M. 100, der Kassierer 2 vSt. der Gewinnahme, der erste Schriftführer M. 25, der zweite Vorsitzende M. 10 und der Bibliothekar M. 4 pro Jahr, während die Revisoren M. 4 pro Abrechnung erhalten. Der jetzige Vorstand sei sich dahin einig, daß diese Entschädigung so bestehen bleiben müsse. Zerbst wünschte eine Neuregelung der Entschädigung des Kassierers, die gegenüber der des ersten Vorsitzenden zu hoch sei. Zander und Zimmermann sprachen für die Beibehaltung der jetzigen Entschädigung. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des vom Vorstand gemachten Vorschlages. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Ergebnis. Zum ersten Vorsitzenden wurde Steffen vorgeschlagen, der erklärte, zum Posten nur dann wieder anzunehmen, wenn man ihm das vollste Vertrauen zusichere, und nicht in den in letzter Zeit gemachten Anschuldigungen fortschreibe. Nachdem noch einige Kameraden für die Wahl Steffens sprachen, wurde derselbe per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Als erster Kassierer wurde H. Seupel wiedergewählt. Als erster Schriftführer E. Gaspar, als zweiter Vorsitzender D. Zimmermann, als zweiter Kassierer Witt und als zweiter Schriftführer Heilmann gewählt. Als Revisoren wurden Zander und H. Waldeck gewählt. Der fünfte Punkt wurde wegen vorgezogener Zeit zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zum sechsten Punkt erwähnt der Vorsitzende, daß der Vorstand beabsichtige, von der Broschüre einige Exemplare binden zu lassen und diese zum Selbstkostenpreise an diejenigen, welche eine solche wünschen, abzugeben. Auch könne die Liste der Arbeitswilligen noch ergänzt werden, falls noch jemand darin vergesen worden sei. Eine persönliche Anfrage Seidmanns wurde dem Vorstand zur Prüfung überwiesen. Ein Antrag Armgards, unsere Versammlungen in einem anderen Lokal abzuhalten, wurde abgelehnt, da unser Lokal vorläufig genüge;

sollte sich jedoch hierfür eine Notwendigkeit erweisen, dann soll Stellung dazu genommen werden. In Sachen des Arbeitsnachweises brachte Woelw einige ihm bekannt gewordene Fälle zur Sprache, die von Armgard ergänzt wurden. Steffen erwiderte, daß der Vorstand davon unterrichtet sei, es aber nicht geraten erscheine, darüber zu diskutieren. Kamerad Währ gab hierauf noch einige Aufklärung darüber, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, wenn jemand sein Recht geltend mache in bezug auf Kranken- und Invalidenversicherung. Er selbst habe es an eigenen Leibe erfahren und könne den Kameraden nur raten, in ähnlichen Fällen sich über alle Rechtsansprüche zu informieren. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bromberg.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 18. Januar war von 75 Kameraden besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß Kamerad Finsel die Anwesenden in der ersten Versammlung im neuen Jahre herzlich willkommen, den Wunsch ausdrückend, daß die Bromberger Kameraden noch viel vor mit zäher Ausdauer an der Befestigung ihrer Zahlstelle arbeiten möchten. Redner warf dann einen kurzen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Es haben stattgefunden: 12 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen; 15 Vorstandssitzungen; 4 Abgeordnete- und 2 gemeinschaftliche Sitzungen. Der Kassierer verlas hierauf die Abrechnung vom vierten Quartal, die von der Versammlung genehmigt wurde. Hieran schloß sich die Wahl des Vorstandes, der Kolportüre, der Mitgliedschaft zur Bauarbeiterkommission und des Delegierten zur Generalversammlung. In „Verschiedenes“ gelangten noch einige unwesentliche Sachen zur Sprache.

**Cannstatt.** In unserer Mitgliederversammlung am 13. Januar wurde im ersten Punkt der Tagesordnung Stellung zur Arbeitslosenunterstützung genommen. Hierauf fanden die Wahlen der Bezirksfunktionäre statt. Dem Bezirkskassierer für Münster wurde zur Unterstützung ein Vertrauensmann beigegeben. Sodann wurde der Jahresbericht bekannt gegeben, außerdem die Abrechnung vom vierten Quartal. Ferner wurde nochmals auf den Beschluß der allgemeinen Mitgliederversammlung in Stuttgart hingewiesen, wonach in der Zeit vom 1. Januar bis 1. März ein Beitrag zum Lokalfonds von 20 Pf. pro Woche zu entrichten sei. Kamerad Faiselschmid legte die Gründe dar, welche diesen Beschluß notwendig machten; die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu. Nachdem die Wahl der Delegierten vollzogen und der Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet war, wurden unter „Verschiedenes“ noch einige unwesentliche Angelegenheiten geregelt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

**Cassel.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 16. Januar im „Bunten Boot“. Der Vorsitzende gab in längeren Ausführungen eine Uebersicht über die Tätigkeit des Vorstandes, wie auch über die Entwicklung unserer Zahlstelle im verfloffenen Jahre. Das Bezirkskassiereramt habe sich sehr gut bewährt. Die Durchführung des Tarifes am 1. Juni v. J. habe einen Platzstreik notwendig gemacht, der jedoch schon nach eintägiger Dauer zu unseren Gunsten beendet werden konnte. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 1903 228, am Schluß des letzten Jahres 885, hat also eine beträchtliche Steigerung erfahren. Hierauf fand die Vorstandswahl statt.

**Spemik.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 15. Januar bei Zerbst. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsitzende einige Begrüßungsworte an die Erschienenen, sie auffordernd, auch im neuen Jahre prompt ihren Pflichten gegen die Organisation nachzukommen, damit sich unsere Zahlstelle stetig entwickle. Hierauf wurde der Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet. Er läßt erkennen, daß im verfloffenen Jahre hohe Anforderungen an das Kartell gestellt worden sind, so ganz besonders in bezug auf Solidaritätsbewegung den im Kampf liegenden Arbeitsbrüdern gegenüber. Doch läßt sich sagen, daß das Kartell das möglichste geleistet habe, man deshalb mit der Tätigkeit desselben wohl zufrieden sein könne. Es folgte die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. Infolge des schwachen Besuches betrug die Zahl der abgegebenen Stimmen nur 35. 70 vSt. der Spemiker Zimmerer haben sich an dieser so wichtigen Versammlung also nicht beteiligt. Dann wurden Anträge zur Generalversammlung gestellt. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen für das laufende Jahr auf den Mittwoch zu verlegen, und zwar den 15. bzw. nach dem 15. eines Monats, Abends 8 Uhr. Nach Erlebigung einiger Angelegenheiten in „Verschiedenes“ trat Schluß der Versammlung ein.

**Culm in Westpr.** Am 15. Januar fand hier eine öffentliche Zimmererversammlung statt, zu der leider unorganisierte Kameraden, trotz besonderer Einladung, nicht erschienen waren. Es scheint, als wenn sich die Kameraden durch Einschüchterungen von anderer Seite immer noch betäupeln lassen, nicht dort ihre Interessen zu wahren, wo es am zweckmäßigsten ist. — Sodann hielt der Referent, Genosse Svemski aus Wofen, vor den versammelten Mitgliedern einen Vortrag über das Thema: „Welchen Nutzen bringt die Organisation, und die Erfolge des Zimmererverbandes im verfloffenen Jahre?“ Nachdem Redner zunächst den Nutzen einer Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete skizziert hatte, entrollte er ein Bild über die Erfolge des Zimmererverbandes in dem hinter uns liegenden Jahre, wo für Tausende unserer Kameraden durch die geführten Kämpfe eine bessere Lebenshaltung erreicht wurde. Das haben auch viele Kameraden anerkannt und sich dem Zentralverbande angeschlossen, um so die Reihen der Kämpfer zu füllen und weitere Kämpfer zu werben. Wenn man heute das Anschwellen der Mitgliederzahl in den Zentralgewerkschaften sieht, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Zeit nicht mehr fern liegt, wo es als eine Schande gelten wird, nicht organisiert zu sein. Kling handelt nur derjenige, der sich bei Zeiten seinen kämpfenden Brüdern anschließt, denn es bleibt ihm so manche Enttäuschung erspart. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage sprachen noch zwei Redner im Sinne des Referenten, worauf derselbe noch im Schlußwort die Anwesenden aufforderte, nicht zu rasen noch zu ruhen, bis der letzte Zimmerer in Culm, Schwes und Umgegend organisiert ist. Mit einem Hoch auf das Gedächtnis des Zimmererverbandes schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Duisburg.** (Jahresbericht.) Trotz zwanzigjährigem Bestehen der Zahlstelle Duisburg ist von wesentlichen Erfolgen bisher wenig zu spüren gewesen, obgleich in genannter Zeit die Arbeitslosigkeit oft bedauernd besser war als im übrigen Deutschland. Schon im Jahre 1887 forderten die Zimmerer Duisburgs die 10stündige Arbeitszeit, sie gaben sich aber mit ein paar Vermögenden Lohnzulage zufrieden, dann wurde weiter gemurrt, 11, 12, 13 bis 17 Stunden täglich. Auch herrschten in unserer Zahlstelle bis zum Jahre 1896 wirrige Kassierer-

hähnliche, dieselben stärkten die Bauheit und den Indifferentismus. Zulagen an Lohn wurden wegen Mangels an Zimmerern gemacht als Notdungen, sobald aber Angebot sich bemerkbar machte, wurde der Lohn nach Belieben herabgesetzt. Im Jahre 1889 wurde die nächste Forderung aufgestellt: 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 45 % Stundenlohn. Der geforderte Lohn wurde vielfach bewilligt, aber bei der 11 stündigen Arbeitszeit und darüber blieb es, weil es den Zimmerern Duisburgs noch nicht ernst war mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Im Jahre 1900-01 machte sich die Krise bemerkbar und sie drückte erheblich auf unseren Mitgliederstand, so daß an ein Vorwärtsschreiten nicht zu denken war. Die Schwankung unserer Mitgliederzahl ergibt sich aus folgendem. Wir zählten im Jahre:

1885.....	14 Mitglieder	1895.....	28 Mitglieder
1886.....	21 "	1896.....	27 "
1887.....	27 "	1897.....	38 "
1888.....	54 "	1898.....	99 "
1889.....	43 "	1899.....	84 "
1890.....	42 "	1900.....	98 "
1891.....	34 "	1901.....	76 "
1892.....	28 "	1902.....	53 "
1893.....	29 "	1903.....	138 "
1894.....	33 "	1904.....	170 "

Durch rege Haus- und Platzagitation stieg unsere Zahlstelle im Jahre 1903 wieder auf 188 Mitglieder. Zum Jahresbeginn 1904 wurde wieder eine Hausagitation und Platzbesprechung vorgenommen. Ferner wurde ein inhaltreiches Flugblatt, welches hauptsächlich auf die Verfehlungen der Zimmerer Duisburgs hinwies, bei jeder Gelegenheit verbreitet. Am 10. April 1904 tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in welcher beschlossen wurde, zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Nachdem Kamerad Janzen als Gauleiter die Verhandlungen von Duisburg geprüft hatte, erteilte er seine Zustimmung. Die öffentlichen Zimmererversammlungen am 17. und 24. April 1904 befaßten sich mit der Aufstellung eines Lohnsatzes. Nach reiflicher Überlegung wurde letzterer mit Begleitschreiben am 26. April 1904 an sämtliche Unternehmer Duisburgs gefandt und bis zum 7. Mai 1904 Antwort erbeten. Da uns keine Antwort zu teil wurde, beschloß die öffentliche Versammlung vom 8. Mai 1904 in den Streik einzutreten. Nach vierwöchigem Streik war für Duisburg zum größten Teil die langere Arbeitszeit eingeführt. Der Stundenlohn kam dabei auf 50 %. Das ist gewiß ein ganz schöner Erfolg, zumal, wenn man die frühere Erloslosigkeit berücksichtigt. Im Laufe des Jahres haben stattgefunden: 8 öffentliche Zimmererversammlungen, 20 Mitgliederversammlungen, 1 außerordentliche Mitgliederversammlung, 27 Vorstandssitzungen für Duisburg, 7 Sitzungen für Rheinhausen, 6 Vorstandssitzungen bzw. Platzdelegierten-Sitzungen, 2 kombinierte Sitzungen mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern, 6 Platzbesprechungen. Ferner fanden 5 Hausagitationen statt, zu welchen je 20 bis 30 Mann in Bewegung waren. Vor dem Streik wurden 1000 Flugblätter in Duisburg verbreitet. Während des Streiks verbreiteten wir 2500 Flugblätter in Duisburg und Umgegend. Zu den öffentlichen Zimmererversammlungen wurden insgesamt 2850 gedruckte Handzettel verteilt. Desgleichen wurden Kontrollkarten mit dem Lohnsatz eingeführt zwecks Informierung und pünktlichen Annehmens der hier zureisenden Kameraden. Zur Errichtung des Arbeitersekretariats wurden M. 100 extra aus der Lokalkasse bewilligt. Unsere Mitgliederbewegung war folgende: Am 1. Januar 1904 zählten wir 188 Mitglieder. Davon haben sich 66 ordnungsmäßig abgemeldet, unangemeldet abgereist sind 15, verfallen sind 4, ausgeschieden 4, zum Militär eingezogen 2 und gestorben ist 1 Mitglied. Von dem alten Stamm sind also noch 49 Mitglieder am Ort, hierunter 33 Verheiratete. Es erfolgten im Laufe des Jahres 331 Anmeldungen und zwar:

Im 1. Quartal 22 Aufnahmen, 5 Erneuerungen
2. " 59 " 11 "
3. " 14 " 5 "
4. " 8 " 4 "

Von diesen 331 angemeldeten Mitgliedern haben sich 145 ordnungsmäßig wieder abgemeldet, abgereist ohne sich abzumelden sind 42, wieder verfallen sind 13, ausgeschieden sind 3, zum Militär eingezogen sind 6 und gestorben ist 1 Mitglied. Der gesamte Mitgliederbestand beträgt 170 mit 66 Verheirateten. Die im letzten Jahre in Duisburg verheirateten Zimmerer gehörten am Jahresabschluss wie folgt dem Verbands an: 45 unter 4 Jahre, 210 1 Jahr, 91 2 Jahre, 32 3 Jahre, 21 4 Jahre, 11 5 Jahre, 13 6 Jahre, 14 7 Jahre, 7 8 Jahre, 5 9 Jahre, 4 10 Jahre, 2 11 Jahre, 3 12 Jahre, 3 14 Jahre, 1 20 Jahre. Nach Altersklassen geordnet ergibt sich dieses Bild: 72 unter 20 Jahren, 178 von 20 bis 25 Jahren, 109 von 26 bis 30 Jahren, 48 von 31 bis 35 Jahren, 41 von 36 bis 45 Jahre, 21 von 46 bis 60 Jahren alt. Nach einer Erhebung vom 10. Oktober 1904 waren in Duisburg bei 19 Firmen 208 Zimmerer beschäftigt, 119 verheiratete und 89 ledige. Davon waren 151 organisiert. Es bezogen Stundenlöhne 5 Zimmerer 44 %, 6 45 %, 2 46 %, 148 50 %, 8 55 %, 8 60 %, 1 65 % und von 18 konnte der Lohn nicht festgestellt werden.

**Durlach.** Unsere Versammlung am 15. Januar war mäßig besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Kamerad Herrmann-Vorzheim einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Zum Schluß wurden noch die Verhältnisse am Orte besprochen und allseitig betont, daß eine baldige Aufbesserung derselben erwünscht sei.

**Frankfurt a. M.** Am 16. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der an Stelle des verhinderten Dr. Singheimer Kamerad Rösch einen äußerst interessanten Vortrag über die Wohnungsfrage hielt. An der Hand eines zahlreichen statistischen Materials aus Schriften und an Aussprüchen hervorragender Autoritäten wies Rösch nach, daß es bei uns in Deutschland in bezug auf die Wohnungsverhältnisse noch überaus traurig aussehe. Daß der Arbeiter bei diesem Austausch unseres kapitalistischen Klassenstaates am härtesten getroffen werde, sei nur zu begreiflich. Um nur eine Zweizimmerwohnung beziehen zu können, müsse er schon ein Drittel seines Einkommens für Miete verausgaben. Ungeheuer groß sei die Zahl derer, die deshalb in den elendesten Löchern wohnen müssen, oft zu 7-8 Köpfen in einem einzigen heizbaren Zimmer. Man dürfe sich daher auch nicht wundern, wenn Krankheit, Alkoholismus und sittliche Verkommenheit in unserem Staate in solch erschreckender Weise zunehmen. In welcher Weise die hierzu bezuflenden Körperschaften diesem

Uebel zu Leibe gehen, hätten wir in unseren Mauern gesehen bei dem ersten deutschen Wohnungstongreß. Von dieser gemischten Gesellschaft habe man recht wenig zu erwarten. Es müsse daher nicht nur unsere Aufgabe sein, danach zu streben, unseren Lohn zu erhöhen, sondern auch in solchen wichtigen Fragen aufklärend zu wirken, dann aber auch derjenigen Partei unsere Unterstützung zu teil werden lassen, die mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft für unsere Interessen eintritt, die alle Schäden, die sich an unserem Volkskörper zeigen, rücksichtslos aufdeckt und auf eine gesetzliche Regelung dieser unwürdigen Zustände hinwirkt. Lebhafter Beifall wurde den Ausführungen des Referenten gezollt. Der Vorsitzende sprach in ergänzendem Sinne und schilderte an einigen Beispielen, wie unendlich viel bei unserer modernen Zivilisation noch zu wünschen übrig bleibe. Er bat zum Schluß die Kameraden, hoch in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht würden; seitens des Vorstandes werde doch gewiß für genügende Bekanntmachung Sorge getragen. Es wurden hierauf die Anträge zur Generalversammlung durchberaten, wobei der Vorsitzende die Aufgaben der Delegierten zur Generalversammlung erläuterte. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war, beschloß man, in der nächsten Mitgliederversammlung die Anträge weiter zu beraten. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder Holz und Weil im städtischen Krankenhaus liegen und die Kameraden diese einmal besuchen möchten. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Freiburg.** Unsere Versammlung am 15. Januar war trotz der großen Kälte ziemlich gut besucht. Mit einigen einleitenden Worten begrüßte der Vorsitzende die erschienenen Kameraden, sie anspornend, auch im neuen Jahre ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Organisation zu stellen. Die Tagesordnung war eine recht reichhaltige. Es wurde zunächst der Kartellbericht und hierauf der Jahres- und Kassenbericht erstattet. Trotz des im allgemeinen nicht sehr günstigen Geschäftsganges ist der gegenwärtige Stand der Organisation ein recht erfreulicher, er bedeutet im Vergleich zum Vorjahre einen nicht unerheblichen Fortschritt. Ein recht unliebsames Bild boten die vorgeschwendten Wahlen. Es ist bedauerlich, daß oft solche Kameraden, die vermöge ihrer Fähigkeiten wohl im Stande sind, einen Posten zu bekleiden, dieses ablehnen, weil sie die damit verbundene Mühe und Arbeit scheuen. Besonders die jüngeren Kameraden sollten sich mehr herbeilassen, helfend einzuspringen dort, wo es not tut; damit würde der Organisation oft ein großer Dienst erwiesen. Hierauf wurde zur Beschlußfassung über die Arbeitslosenunterstützung geschritten, und nach Erledigung einiger Punkte in „Verschiedenes“ schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Anwesenden, sich in rastloser Arbeit der Befestigung unserer Organisation zu widmen, die Versammlung.

**Heilbronn.** In der „Mose“ tagte am 15. Januar unsere Mitgliederversammlung, die nur mäßig besucht war. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern darüber aus, daß trotz ihrer traurigen Lage die Zimmerer Heilbronn so interesslos in den Tag hinleben. Nach Verlesung des Protokolls wurde die Quartalsabrechnung bekannt gegeben und genehmigt. An den vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht schloß sich die Wahl des Vorstandes und des Delegierten zur 16. Generalversammlung. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, im neuen Jahre rege für die Ausbreitung der Organisation zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Herne i. W.** In einer öffentlichen Zimmererversammlung am 15. Januar, an der auch die Kameraden aus Recklinghausen teilnahmen, wurde nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung, die Arbeitslosenunterstützung, beschlossen, den Weistern einen Lohnsatz einzureichen.

**Züchoe.** Unsere Zahlstelle nahm in ihrer Mitgliederversammlung am 17. Januar zunächst den Kassenbericht über das vierte Quartal entgegen. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Nach Erledigung der Arbeitslosenunterstützungsfrage wurde der Kartellbericht erstattet und ein Antrag, den Beitrag zum Kartell von 5 auf 10 % zu erhöhen, einstimmig angenommen. Der Wahl des Delegierten folgte die Beratung und die Beschlußfassung der Anträge zur Generalversammlung. In „Verschiedenes“ wurde ein Platzdeputierter für die Zementfabrik gewählt und hierauf der Posten des zweiten Vorsitzenden durch Neuwahl besetzt. Zum Schluß wurde noch das Ergebnis der Arbeitslosenanzahlungen im Dezember und Januar bekannt gegeben.

**Lauf.** Am 14. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die vom Vorsitzenden eröffnet wurde. Der Kassierer erstattete den Rechenschaftsbericht, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Für seine Tätigkeit sprach die Versammlung dem Kassierer ihren Dank aus. Hierauf folgte die Neuwahl des Vorstandes, der sich die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung anschloß.

**Lehe-Geestemünde.** Im „Kolofenn“ tagte am 13. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Arbeitslosenunterstützungsfrage; 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung; 3. Kassenbericht; 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 5. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten und zweiten Punktes wurde von dem Kassierer der Kassenbericht erstattet und ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Hieran schloß sich die Vorstandswahl sowie die Wahl der Kartell-, Platzdelegierten usw. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten in „Verschiedenes“ erfolgte Schluß der Versammlung.

**Weg.** In unserer Mitgliederversammlung am 15. Januar gelangte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Zimmermeisters Vock zur Verlesung, das die Kündigung unseres Lohnkommissionen zur weiteren Beratung überwies. Der Jahresbericht wurde vom zweiten Vorsitzenden erstattet. Aus demselben ging hervor, daß zwei unserer regelmäßigen Versammlungen des schwachen Besuchs wegen ausfallen mußten, alle übrigen konnten stattfinden. Außerdem wurden noch eine öffentliche und neun außerordentliche Versammlungen abgehalten. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein bedeutend besserer als im Vorjahre; auch die Vorstandssitzungen geben zum Klagen keinen Anlaß. Der vom Kassierer verlesene Kassenbericht ergab, daß im Vergleich zum Vorjahre eine wesentliche Stärkung unseres Lokalfonds zu verzeichnen sei, trotz der Kämpfe, die wir geführt haben. Auch die Erringung eines geregelten Lohn- und Arbeitsstatutes bedeute für uns einen erheblichen Fortschritt. Der Kassierer wurde entlastet. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Ein Antrag auf Einführung der Bezirkskassierung fand Annahme und wurde

sofort die Wahl von vier Bezirkskassierern vollzogen. Ferner wurde beschlossen, innerhalb vierzehn Tage eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, um endgültig zur Arbeitslosenunterstützung Stellung zu nehmen. Gegen den von dem Delegierten erstatteten Kartellbericht wurden Einwendungen nicht erhoben. In „Verschiedenes“ wurde zur regen Beteiligung an einem am 5. Februar stattfindenden Rezitationsabend aufgefordert. Dann wurde über die Aufnahme eines Kameraden verhandelt und zum Schluß noch unbedeutende Sachen erledigt.

**Mülheim a. Rh.** In unserer am 8. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß das vergangene Jahr ein recht arbeitsreiches gewesen ist. Am Schlusse seiner Ausführungen erwähnte er die Kameraden, auch im laufenden Jahre rege für den Ausbau und die Befestigung unserer Organisation einzutreten. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Kartelldelegierten vorgenommen.

**München.** Am 8. Januar fand in den „Zentralhallen“ unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, die von den beiden Revisoren als richtig bezeichnet wurde. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß das vergangene Jahr ein sehr arbeitsreiches war in bezug auf Agitation. Durch unermüdeliches Arbeiten ist es gelungen, die Organisation so auszubauen, daß jetzt die Zimmerer Münchens bis zu 85 pzt. organisiert sind. Es wurde dann zur Neuwahl geschritten. Bis auf den zweiten Vorsitzenden und ersten Schriftführer wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die beiden Genannten legten ihr Amt nieder. Der nächste Punkt war die Lokalfrage. Da sich durch Heranwachsen unserer Mitgliederzahl unser Verbandslokal als zu klein erwies, so wurde beschlossen, von jetzt ab die „Zentralhallen“ zu nehmen. Schon die nächste Versammlung soll in den „Zentralhallen“ abgehalten werden. Nach einem Mahnwort des Vorsitzenden, es möchten auch im heurigen Jahre die Mitglieder ihn wieder gut unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Neudamm.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 15. Januar im Hotel „Kaiserhof“ statt. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, wurde die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung und anschließend daran die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Auf Antrag aus der Versammlung wurde dem Kassierer eine geringe Entschädigung für seine Mühewaltung gewährt. Zum Schluß eruchte der Vorsitzende die Kameraden, dahin zu wirken, daß mit dem neuen Jahre auch neues Leben in die Zahlstelle hineinkomme. Gleichgültigkeit und Trägheit müßten schwinden, wenn eine geistliche Entwicklung der Zahlstelle eintreten solle. Besonders die Kameraden aus der Umgegend, aus Rabern, Darmitzel usw., hätten alle Ursache, der Organisation mehr Interesse entgegenzubringen.

**Offenbach.** Am 10. Januar tagte im Restaurant Storch unsere Mitgliederversammlung. Der Kassierer erstattete die Abrechnung über das vierte Quartal. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Hierauf wurden Wahlen vorgenommen: a) eines Kandidaten zur Generalversammlung, b) des Gesamtvorstandes und c) zweier Mitglieder zur Bauarbeiterschußkommission. Der Vorsitzende gab sodann den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß im Jahre 1904 16 Mitglieder und 4 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben, außerdem eine Bauhandwerkerversammlung. Vorstandssitzungen seien 15 notwendig gewesen. Der Besuch der erwähnten Versammlungen habe im allgemeinen sehr zu wünschen übrig gelassen. Am Schlusse seines Berichts sprach der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß die Beteiligung im neuen Jahre eine bessere werden möge. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Oblau.** Am 15. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, an der auch Kamerad Schmidt-Dreslau teilnahm. Zunächst wurde die vom Kassierer verlesene Abrechnung genehmigt, worauf zur Vorstandswahl geschritten wurde. Dann folgte die Wahl eines Kandidaten zur Generalversammlung. Mit einigen Worten der Aufforderung zur regen Beteiligung an den Versammlungen, schloß der Vorsitzende nach einem Vortrag des Kameraden Schmidt über die Arbeitslosenunterstützung die Versammlung.

**Remscheid.** In einer Versammlung am 14. Januar wurde die Lohnfrage für das laufende Jahr beraten. Die Diskussion endete mit der Annahme folgenden Antrages: Zweck Neuregelung der Lohnfrage für das laufende Jahr wird der Zahlstellenvorstand beauftragt, bei dem Vorstand der Zimmermeister-Vereinigung eine gemeinschaftliche Sitzung zu beantragen. Als Grundlage bei den Verhandlungen wird ein Stundenlohn von 50 %, zehnstündige Arbeitszeit und Abschaffung der Kündigung zu gelten haben. Hierauf wurde die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen.

**Seehausen.** Unsere Mitgliederversammlung am 8. Januar war nur mäßig besucht. Nach Verlesung des Protokolls wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Einstimmig wurde der bisherige Vorstand, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der sein Amt niederlegte, wiedergewählt, während für den letzteren eine Neuwahl stattfand. Zum Schluß wurden noch interne Angelegenheiten erledigt.

**Thorn.** Am 6. Januar wurde unsere Mitgliederversammlung abgehalten, an der Kamerad Finsel-Bronberg teilnahm. Nach Genehmigung des Protokolls verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung; ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Kamerad Finsel, der hierauf das Wort ergriff, äußerte sich in ziemlich ausführlicher Weise über die gegenwärtigen Verhältnisse am Orte, die es jedem Kameraden zur Pflicht machen, der Organisation das volle Interesse entgegenzubringen und mit größter Aufmerksamkeit alle Vorgänge auf dem Arbeitsgebiet zu beobachten, um stets gerüstet zu sein, etwaigen Abweichungen der Unternehmer von den getroffenen Vereinbarungen sofort entgegenzutreten. Dann folgte die Wahl des Vorstandes, der Kartelldelegierten und eines Delegierten zur Generalversammlung. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, unsere Versammlung nur einmal monatlich und zwar Sonntags vor dem Ersten abzuhalten. Des weiteren wurde auf das Eintreffen der Volkskalender und deren Verteilung hingewiesen, worauf nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten Schluß der Versammlung eintrat.

**Wetzlar.** Unsere außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. Januar war von fast allen Kameraden besucht. Nachdem das Protokoll genehmigt war, wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet und dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Dann folgte die Wahl des Vorstandes sowie die Regelung der Kopportage des „Zimmerer“. Hierauf wurde zur Arbeitslosenunterstützung Stellung genommen und ein Delegierter zur



worben und zwar für die Dauer der Dreifachzeit, die sich in der Regel vom Herbst bis in den Januar hinein erstreckt. Schon am 10. November 1899 erhielt er jedoch seine Entlassung, trotzdem die Maschine, wie nachgewiesen worden ist, bis zum 10. Januar im Betrieb war. Er strengte nun gegen die Beklagten Schadenersatzklage an und zwar zunächst für den ihm in den beiden Wochen vom 13. bis 18. und 20. bis 25. November entgangenen Arbeitsverdienst, erweiterte seine Ansprüche jedoch später auf weitere 40 Arbeitstage, bis zum 10. Januar 1901. Das Herzogliche Amtsgericht Leinberg entschied am 12. Juni 1901 zu Ungunsten des Klägers. Dieser legte Berufung ein, die am 14. Dezember 1904 vor der zweiten Zivilkammer des Herzoglichen Landgerichts in Gotha zur Verhandlung stand. Dasselbe erkannte die Ansprüche des Klägers als berechtigt an und verurteilte die Beklagten zur Auszahlung einer Entschädigung von M. 218,50. Die eingeklagte Forderung belief sich auf M. 267,25. Das Gericht stellte jedoch fest, daß der Kläger zu viele Arbeitstage berechnet habe. So könne er für den 13. und 14. November 1899 Entschädigung nicht beanspruchen, weil an diesen Tagen in Fröttstädt Kirnmes gefeiert wurde und infolgedessen die Arbeit ruhte. Des weiteren wurden auch die in die Woche fallenden Feiertage (Weihnachten und Neujahr) in Abzug gebracht. „Mit  $\frac{1}{11}$  seiner Forderung hat“ — wie es in dem Urteil heißt — der Kläger obliegt, während er mit  $\frac{2}{11}$  unterliegt.“ Die Kosten fallen deshalb zu  $\frac{1}{11}$  den Beklagten, zu  $\frac{2}{11}$  dem Kläger zur Last. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß es dem Kläger unendlich gewesen wäre, den Prozeß durchzuführen, wenn nicht seine Organisation ihm Rechtsschutz zugesichert hätte.

Bei den Rathhäusern, die in ihren alten Gestaltungen selbstverständlich den wachsenden Bedürfnissen nicht mehr entsprechen konnten, finden wir selten das Bestreben, modernem künstlerischen Schaffen Ausdruck zu geben. Das Rathaus soll anknüpfen, so meint man wenigstens in den maßgebenden Kreisen städtischer Verwaltungen, an die Geschichte der Stadt, und so finden wir meistens die alten Stilformen angewandt. Man berücksichtigt dabei auch nicht, daß der überwiegende Teil der Rathhäuser zu kleinen Bureauräumen bestimmt ist, daß sich deswegen eine nach allen Richtungen hin prunkvolle und palastartige Gestaltung nicht empfehlen kann, daß es weitaus besser wäre, eine monumentale Fassade einem Hauptplatz gegenüber zu schaffen, während der Bureaurteil des Gebäudes in untergeordneter Straßen eingreifend, sich in einfacher Sachlichkeit an den Hauptbau anschließen könne. Nehmliches wäre auch am Platz Bibliotheksgebäuden, Museen und Theatern gegenüber. Die Sucht, nach allen Seiten monumental zu bauen, entspricht durchaus nicht den Bedürfnissen der öffentlichen Gebäude, geht nicht aus ihrer inneren Einteilung hervor; sie läßt den falschen Rückschluß zu, daß diese Gebäude lediglich repräsentativen Zwecken und nicht hauptsächlich der Arbeit zu dienen haben. Der Gebante einer wirklich modernen Baukunst führt dazu, daß sich die äußere Gestaltung aus dem Zwecke, aus der inneren Einteilung des Gebäudes, aus der Bestimmung seiner verschiedenen Teile ergebe. Vielsach aber baut der Architekt in seinen Plänen von außen nach innen, vom pompösen Eindruck nach dem Zwecke, statt den umgekehrten Weg einzuschlagen. Ist eine derartige Erwägung schon peinlich bei Theatern, Museen, Bibliotheken, so in noch viel höherem Maße bei Schulen und Wätern. Nichts liegt uns ferner, als der künstlerischen Ausgestaltung derartiger öffentlichen Anstalten etwas in den Weg zu legen; wir wollen nur, daß nicht etwas Aufgezwungenes, Neuerliches, sondern etwas natürlich Entwickeltes, aus dem Zwecke und der Anlage der Anstalt sich selbst Ergebendes zum künstlerischen Gepräge werde. Schuhmacher sagt, daß man endlich ganz gebrochen habe mit dem Typus der verhungerten Balken, die unsere Schulen längere Zeit hindurch darstellten. In einfachen Puhflächen ohne „Architekturformen“ baue sie sich auf; der künstlerische Reiz liege in der Gruppierung, der Farbenstimmung und der Verwendung bester, volkstümlicher Kunst an wenigen bevorzugten Stellen, etwa an einem Portal, an einem Wandbild, an einem Dachreiter, einem Gitter.

Bei den Siechenhäusern, Krankenhäusern, Blinden- und Irrenanstalten, meist umfangreicheren Einrichtungen, stellt sich die künstlerische Aufgabe weit schwerer, diese Bauten dem Charakter der strengen Notdurft zu entrücken, die den Anblick zu etwas Bedrückendem macht. An Stelle der Wassenhauern ist heute vielfach, freilich weniger aus künstlerischen, als aus medizinischen Erwägungen, die Dezentralisierung in kleine Einzelgebäude getreten. Dadurch ist es möglich gewesen, diesen Anlagen ein etwas freundlicheres Aussehen, so etwa den Charakter einer anmutenden Villenkolonie zu geben, während sie früher durch ihre an ein Gefängnis erinnernde Gestalt den Hilfsesuchenden mehr abstoßen als anlockten. Auch die Friedhöfe umgestaltet, in ihnen das Traurige zum Feierlichen zu steigern, ist an verschiedenen Orten versucht worden, und es war wirklich höchste Zeit; denn den Friedhöfen war immer mehr ein abstoßender, geschäftsmäßiger Charakter eigen geworden. Hier handelt es sich aber vielfach um Aufgaben der Gartenarchitektur, die unseren Lesern ferner liegen. (Schluß folgt.)



**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 17. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25  $\phi$ . Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das **Arbeiterrecht** von Arthur Stadthagen. Komplet in 28 Lieferungen à 32 Seiten. Preis pro Lieferung 20  $\phi$ . Alle Woche erscheint ein Heft. Heft 14, 15, 16, 17 sind soeben erschienen. Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt im Hause.

„Ueber Hegen und Hegenverbrennungen“ bringt das 41. Heft des Rosenow'schen Buches „Wider die Pfaffenherrenschaft“ ein reiches Material, aus dem namentlich der enge Zusammenhang zwischen der Kirche und den Hegenverbrennungen hervorgeht. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das für 20  $\phi$  von jeder Parteibuchhandlung und jedem Kolporteur bezogen werden kann. Das Werk kann noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden.

**Königsberg.** Mit den soeben herausgegebenen Heften 9—11 liegt nunmehr der Königsberger Prozeß vollständig vor. Diese Hefte bringen neben dem Abschluß des russischen Urkundensmaterials die Plaidoyers der Staatsanwälte und Verteidiger. Zum erstenmal wird die umfangreiche Urteilsbegründung in ihren rechtlichen Ausführungen der Öffentlichkeit bekannt gegeben, nebst einer die Hauptpunkte kritisch zergliedernden Würdigung. In den Fußnoten ist wiederum Material zur Kritik des Prozesses verarbeitet, u. a. werden Ausführungen des Staatsanwalts über Kants Stellung zur Revolution gliedert. Das Schlußkapitel behandelt den Umschwung der öffentlichen Meinung „nach Königsberg“. Ein Anhang gibt einige Aktenstücke zur revolutionären Bewegung in Rußland wieder. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis ist dem Werk zur Orientierung beigegeben.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben die Nr. 2 des 15. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10  $\phi$ ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnements-

preis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55  $\phi$ , unter Kreuzband 85  $\phi$ . Jahresabonnement M. 2,60.

„In Freien Stunden“. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk. Das zweite Heft des neuen Jahrgangs ist soeben erschienen. In jeder Woche erscheint ein Heft für 10  $\phi$ .

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die zweite Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10  $\phi$ .

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 2 (Verlag von M. Ernst in München) ist erschienen. Preis 10  $\phi$ .

**Briefkasten der Redaktion.**

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. \* Wegen Raum mangels mußten zahlreiche Berichte z. zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

**Berlin, Carl Sabelberg.** Wir müssen um genaue und deutliche Adressenangabe sowie um Angabe der Verbandsnummer bitten, bevor wir dem Schreiben vom 17. Januar, für welches wir übrigens 20  $\phi$  Straßporto zu zahlen hatten, näher treten können.

**Meß.** Die Aussperrung in Kiel dauerte vom 26. März bis 24. Juli 1902. Ueber die Lohnkämpfe der Kieler Zimmerleute ist im gleichen Jahre eine Broschüre erschienen, die durch den Zahlstellenvorstand (Kiel, Fleethörn 38) bezogen werden kann. Daraus sind alle Einzelheiten ersichtlich.

Von dem Inhaltsverzeichnis des „Zimmerer“ 1904 liegt dieser Nummer für jede Zahlstelle ein Exemplar bei. Verbandsmitglieder, die den Jahrgang gesammelt haben und das Inhaltsverzeichnis wünschen, können sich melden, mit der nächsten Postsendung wird dann die nötige Anzahl Exemplare geliefert. Wie alljährlich, haben wir auch dieses Mal mehrere Exemplare des „Zimmerer“ einbinden lassen, die zum Selbstkostenpreise an Verbandszahlstellen und Mitglieder abgegeben werden.

**Versammlungsanzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen mündentlich aufgenommen.)

- Samstag, den 29. Januar:**  
Feldbergen: Bei F. Buschmann. — Konstanz: Nachm. 2 Uhr bei Luz.
- Montag, den 30. Januar:**  
Aulam: Abends 8 Uhr. — Seidelberg: Abends 8 Uhr, „Goldner Römer“ Hauptstraße.
- Dienstag, den 31. Januar:**  
Arheilgen. — Bernau: Abends 8 Uhr bei Mai, Kaiserstraße 45/46. — Halberstadt: Bei Vollmann, Vaatenstr. 63. — Hannover: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr, Neustra. 27. — Stolp: Abends 8 Uhr bei Seelen, Poststr. 1.
- Mittwoch, den 1. Februar:**  
Diebrich: „Zum Kaiser Adolf.“ — Coburg: In der „Himmelsleiter“, Leopoldstr. 27. — Cöln, Bezirk Rait: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr bei Rief, Viktorstraße 70. — Flensburg: Abends 8 Uhr bei Andree, Süder-Fischerstraße. — Frankfurt a. M.: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Stolzestraße 13. — Liegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Wandersbeck: Bei Gronau, Hamburgerstraße. — Westerland: In Wag Petersens Gasthof.
- Donnerstag, den 2. Februar:**  
Deutsch-Lissa: Abends 7  $\frac{1}{2}$  Uhr im „Abler“ bei Klingberg. — Lübeck: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr im „Bereinshaus“, Johannisstr. 50. — Teltow.
- Freitag, den 3. Februar:**  
Kiel-Wellingdorf: Abends 8 Uhr in Forst's Gasthof.
- Freitag, den 4. Februar:**  
Arneburg: Abends 8 Uhr beim Gastwirt Vorkel. — Arnstadt: Im „Schwarzburger Hof“. — Aßchersleben: Im „Goldenen Adler“, Dülsterstraße. — Augsburg: Abends 7  $\frac{1}{2}$  Uhr im Gasthaus „Zum Schwan“, am oberen Graben. — Beuthen: Zahlabend im „Hamburger Hof“. — Brieg: Zahlabend in der Herberge, Paulauerstraße. — Bunzlau: Im „Goldenen Stern“. — Craun: Abends 7 Uhr Zahlabend in der „Schweizerhalle“. — Dessau: Bei Stelzer. — Emmendingen: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr in der „Sinnerhalle“. — Frankenthal: Nach Arbeitschluss im Restaurant „Zum Nachlicht“. — Friedland i. M.: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr im „Elysiun“. — Gelsenkirchen: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr bei Kamp, Vereinsstraße. — Göppingen: Im „Weißen Tisch“, Barbarossastraße 29. — Hagen i. W.: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr im „Volkshaus“, Beringenhäuserstraße 39. — Halle: Bei Streicher, H. Klausstraße 7. — Hülum: In der Herberge, Silberstraße 64. — Kattowitz: Zahlabend im Gewerkschaftshaus, Mathausstraße 6. — Langendiebach: Bei Göbel. — Leipzig-Gohlis: Zahlabend, „Zur Morgenröte“. — Lüdenscheid: Bei Rügenberg, Grabenstraße. — Ludwigshafen: Abends 9 Uhr bei Zech, Friesenheimerstraße 67. — Mannheim: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, H 1, 4. — Merseburg: In der „Fünfenburg“. — Mühlentheim: Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr im „König Ludwig II.“, Bahnhofstraße. — Nylau: Im Gasthaus „Zur Germania“. — Neuenheim: Nacht: Von 5 bis 6 Uhr Abends Beitragszahlung im „Vogel Nest“. — Orb: Abends 9  $\frac{1}{2}$  Uhr bei Wm. Fuller, Hauptstraße 45. — Ottersleben: Abends 8 Uhr bei Strumpf. — Schmolln: In Grells Restaurant, Bahnhofsstraße. — Stade: Abends 8 Uhr in „Studis Tiboli“. — Wilsfel: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Witten: Bei Herm. Zahn, Steinstraße 3. — Würzen: Zusammenkunft im „Schützenhaus“. — Zeitz: Zahlabend. — Zuffenhausen: Abends 8 Uhr bei Hais, „Zum Kirchtal“. — Zweibrücken: Abends 9 Uhr im „Goldenen Stern“.
- Samstag, den 5. Februar:**  
Altenburg: Nachm. 3 Uhr, im „Goldenen Engel“. — Ballenstedt: Nachm. 4 Uhr in der „Reichskrone“. — Bergen

**Städte-Entwicklung.**  
(Fortsetzung.)

In einem zweiten Aufsatze des Berichtes über die Städteausstellung zu Dresden behandelt Professor Fritz Schuhmacher von der technischen Hochschule in Dresden die architektonischen Aufgaben der Städte. Er weist u. a. darauf hin, daß die Stabverwaltungen heute außerordentlich viel Macht besitzen, um auf das Städtebild einzugreifen, ja, er glaubt, feststellen zu dürfen, daß noch niemals die städtischen Verwaltungen in dieser Hinsicht einen so großen Einfluß ausüben mußten, wie gerade in unseren Tagen. Er erhofft hieraus große Vorteile für die künstlerische Gestaltung sowohl der Gebäude als ihrer Gesamtanlage. Aber leider beruht er dabei, daß diese Städte nicht etwas Unabhängiges von irgend welchem Willen, der ein anderes als das Gesamtinteresse ausdrückt, sind, sondern daß sie der Ausdruck sind der Interessen der besitzenden Klassen, vor allem der des Reiches an Grund und Boden, wie ja auch eine Reihe von Städteordnungen, so vor allem die preussischen, einen maßgebenden, ja, vielfach einen beherrschenden Einfluß dieser Klassen, aber durch ihren Besitz ausschlaggebenden Bevölkerungsgruppen festgelegt haben. Daß diese Machtbefugnisse der Hausbesitzer in der Kommune auf die städtische Entwicklung vielfach hemmend eingewirkt hat, daß nur zu oft das allgemeine Interesse durch das Privatinteresse zurückgedrängt wurde, weiß jedermann, der sich mit den kommunalen Verhältnissen befaßt hat. So sehen wir häufig, daß die Machtbefugnisse der städtischen Verwaltungen die architektonischen Aufgaben der Städte nicht fördern, sondern im Gegenteil hemmen.

Daneben bleibt selbstverständlich die Tatsache bestehen, daß die heutigen Städte, dank ihrer raschen Entwicklung, eine ganze Reihe Aufgaben in kurzer Zeit zu erfüllen haben, die früher überhaupt nicht gestellt wurden, oder für die man früher ebenso viele Jahrzehnte Zeit hatte wie nun Jahre. Das Bedürfnis von Stadterweiterungsplänen tauchte früher, wenn überhaupt, erst nach Verlauf von Jahrhunderten auf; heute kommen zahlreiche Städte aus der Bearbeitung dieser Pläne überhaupt nicht mehr heraus. Aufgaben, die früher der Staat oder, wie man sagte, die Fürsten erfüllten, soweit sie überhaupt in Betracht kamen, sind nun Verpflichtungen der Stadtgemeinde geworden, so Anstalten für Kulturpflege, wie Museen, Bibliotheken, Schulen, Anstalten für die täglichen Lebensbedürfnisse, wie Markthallen, Schlachthäuser, Beleuchtungs- und Wasserwerke, Anstalten für den Verkehr, wie Brücken und Bahnen, Anstalten für die Sicherheit, wie Feuerweh und Polizei, Anstalten für die Versorgung, wie Krankenhäuser, Blinden-, Irren- und Siechenheime, endlich der Friedhof. Jeder dieser Begriffe bedeutet Bauten, deren Grundriß, Einteilung, äußere Gestalt in unserer Zeit ganz neue Aufgaben stellen. Gesundheitslehre, soziale Rücksichten, geänderte Bedürfnisse verlangen ganz andere Formen und wirtschaftliche Rücksichten, zwingen zur rein praktischen, sachgemäßen Ausführung. Daß auf diesem Gebiete vielfach experimentiert wurde, daß nur zu häufig verfehlte Nachahmungen berühmter Gebäude an anderen Orten, die häufig ganz anderen Zwecken dienen und unter ganz anderen Verhältnissen entstehen, nach ihrer Fertigstellung nicht befriedigten, ist durchaus nicht zu verwundern. Es waren eben ganz neue Aufgaben, die an das Baubandwerk und an die Architektur herangetreten waren. Man mußte sich erst befreien von den Mustern; man mußte aus den früheren noch nicht bekannten Bedürfnissen heraus schöpferische Gestalten suchen. Daß dies in einer Zeit, wie der unsrigen, mit ihren außerordentlich komplizierten Verhältnissen und Bedürfnissen, mit den zahlreichen Strömungen, die Verwirrung bringen, sehr schwer war, ist wohl begreiflich. Auf der einen Seite sollten Massenbedürfnisse befriedigt werden, auf der anderen Seite sollte individualisiert werden. Man sollte brechen mit den Vorbildern, und doch war all das, was uns gelehrt wurde, die Bewunderung der alten Formen. Hieraus erwuchs ein gewaltiger Bruch! Auf der einen Seite das Aushalten nach neuer Kunst, die Ausdruck geben sollte einer völlig umgestalteten Ordnung aller Dinge, einer Ordnung freilich, die wieder einen gewaltigen Bruchspalt in sich geschaffen hatte, dessen verschiedene Richtungen auch, wenn freilich meist unbewußt, nach künstlerischer Ausgestaltung rangen und auf der anderen Seite die Bewunderung des großen in der Vergangenheit Geleisteten, damit aber auch des Schablonenhaften, des Unselbständigen, des Hemmenden. In den vielen Erörterungen, die sich an Wilhelm II. Kunstankregungen knüpfen, finden wir auf das deutlichste diesen Bruchspalt in der Kunst zum Ausdruck gebracht.

